

THILO JANSSEN
GELIEBTER FEIND
RECHTSAUSSENPARTEIEN
UND DIE EUROPÄISCHE UNION



THILO JANSSEN

Der Politikwissenschaftler Thilo Janssen arbeitet seit 2008 als Wissenschaftlicher Mitarbeiter im Europäischen Parlament. Zu den Schwerpunkten seiner parlamentarischen Arbeit gehören Beschäftigungs- und Sozialpolitik auf EU-Ebene und Osteuropa.

Für die Rosa-Luxemburg-Stiftung veröffentlichte er mehrere Studien und Artikel zu Parteien auf europäischer Ebene. 2012 erschien „Was macht die politische Rechte im Europäischen Parlament? Herausforderungen für eine demokratische Linke“. 2013 folgte die Studie „Linke Parteien in Europa - Ein Vergleich der europapolitischen Positionen vor den Europawahlen 2014“, die auch ins Englische übersetzt vorliegt.

INHALT

Zusammenfassung	4
Erfolg: Aufstieg der rechten EU-KritikerInnen	7
Spektrum: Die Rechtsaußenparteien in der EU	9
Fraktionen: Wie sich die Rechtsaußenparteien im EU-Parlament organisieren	11
Schwächen: Schwierigkeiten der Rechtsaußenparteien bei der Bildung stabiler Bündnisse	19
Wirkung: Wirkmächtigkeit von Rechtsaußenparteien auf europäischer Ebene	23
Politische Geographie: Rechtspopulismus als Wohlfahrtschauvinismus	27
Geliebter Feind: Die EU als Ressource der RechtspopulistInnen	29
Geliebter Freund: RechtspopulistInnen in der EU und das russische Establishment	35
Literatur	40
Endnoten	42

ZUSAMMENFASSUNG

1. Der Begriff Rechtsaußen bezeichnet das politische Spektrum rechts von der Europäischen Volkspartei (EVP).
2. Die Rechtsaußenparteien sind stark wie nie, sie profitieren von den schweren politischen Krisen der EU. Bei der Europawahl 2014 konnten diese Parteien ihre Sitze auf rund 22 Prozent steigern – ein neuer Rekord.
3. Im EU-Parlament gibt es in diesem Spektrum drei Fraktionen und einige fraktionslose Abgeordnete:
 - > Fraktion Europa der Konservativen und Reformer (EKR): Diese setzt sich aus der britischen Konservativen Partei und der polnischen PiS zusammen mit AfD, Dänischer Volkspartei, den Wahren Finnen und anderen.
 - > Fraktion Europa der Freiheit und Direkten Demokratie (EFDD): Das sind Nigel Farage's UKIP, die italienische Fünf-Sterne-Bewegung (M5S), die Schwedendemokraten (SD) und andere.
 - > Fraktion Europa der Nationen und Freiheiten (ENF): Dies ist Marine Le Pens Fraktion mit Front National (FN), Geert Wilders' PVV, FPÖ, Lega Nord, Vlaams Belang und anderen.
 - > Fraktionslose Abgeordnete (NI): Bei den Abgeordneten ohne Fraktion sind die Rechtsextremen in der Mehrheit. Sie kommen von JOBBIK, der NPD und der Goldenen Morgenröte. Auch die FN-Dissidenten Jean-Marie le Pen und Bruno Gollnisch sind fraktionslos.
4. Es gelingt den Rechtsaußenparteien bisher nur selten, ihre Macht von knapp einem Viertel der EU-Abgeordneten gemeinsam zu nutzen. Die drei rechtspopulistischen Europawahlsieger FN, UKIP und DF sind auf konkurrierende Fraktionen verteilt. Es ist vor allem der Extremismus der Anderen, der sich in antisemitischen, rassistischen oder frauenfeindlichen Skandalen ausdrückt, welcher bisher eine breite Front der Rechtsaußenparteien verhindert.

5. Der bislang größte gemeinsame Erfolg eines fraktionsübergreifenden Bündnisses der Rechtsaußenparteien war der Misstrauensantrag gegen die EU-Kommission von Jean-Claude Juncker im November 2014. Der Antrag brachte Le Pen und Co. in die Schlagzeilen, obgleich er von der Großen Koalition um EVP und SozialdemokratInnen niedergestimmt wurde. Politisch wirkmächtig sind die Rechten vor allem dann, wenn sie nationale Regierungen beeinflussen können oder selbst in ihnen vertreten sind. Die bedeutendste Gefahr geht von einem möglichen Wahlsieg Marine Le Pens bei den französischen Präsidentschaftswahlen 2017 aus.
6. Der regionale Vergleich zeigt: Rechtsaußenparteien sind vor allem im wirtschaftlich starken Norden und Westen der EU erfolgreich. Dem Erfolg zugrunde liegt ein sich in Zeiten der Krisen weiter ausbreitender Wohlfahrtschauvinismus, ein kollektiver Abwehrreflex. Dieser richtet sich etwa gegen ärmere ZuwanderInnen oder Finanztransfers in von der Krise stärker betroffenen EU-Staaten.
7. Die EU wird von Rechtsaußenparteien als Wurzel allen Übels dargestellt: Durch sie gebe es weniger Wohlstand, weniger Demokratie und kulturelle Überfremdung durch EinwanderInnen. (vgl. Decker 2006) Gleichzeitig profitieren die Rechten bedeutend von der EU. Unter ihren prominentesten PolitikerInnen und Parteivorsitzenden sind auffallend viele EU-ParlamentarierInnen, darunter Marine Le Pen und Jean-Marie Le Pen, Nigel Farage, Matteo Salvini, Bernd Lucke, Janusz Korwin-Mikke, Morten Messerschmidt, Udo Voigt, Rolandas Paksas oder Petr Mach. Sie nutzen die mediale Infrastruktur des EU-Parlaments, sie zelebrieren ihre Auftritte in der Plenarversammlung und sie verwenden EU-Gelder in mehrfacher Millionenhöhe.
8. Geostrategisch streben die rechtspopulistischen und rechtsextremen Parteien das Ende der EU und der NATO zugunsten eines Europas der Nationen an. Das rechtskonservative politische Establishment in Russland gilt als wichtiger Partner für die Parteien der ENF-Fraktion um FN, PVV, LN, FPÖ, VB sowie für die Neofaschisten von JOBBIK, ATAKA, CA und NPD. Russland gilt als konservative Macht gegen die USA, die EU und die kulturellen Freiheiten des Liberalismus. Es gibt regelmäßige Treffen, Konferenzen und offiziell verkündete Bündnisse zwischen RechtspopulistInnen aus der EU und VertretInnen der russischen Parteien Einiges Russland (ER) und Vaterland (Rodina).

IM TEXT VERWENDETE ABKÜRZUNGEN

AEKR	Allianz der Europäischen Konservativen und Reformisten	Offizielle Europapartei
AfD	Alternative für Deutschland	Deutschland
ALDE	Allianz der Liberalen und Demokraten für Europa	Fraktion im EU-Parlament
ALFA	Allianz für Fortschritt und Aufbruch	Deutschland
ANEL	Unabhängige Griechen	Griechenland
AS	Soziale Aktion mit Alessandra Mussolini	Italien
ATAKA	Angriff	Bulgarien
BNP	Britische Nationale Partei	Vereinigtes Königreich
CA	Goldene Morgenröte	Griechenland
CON	Konservative Partei	Vereinigtes Königreich
CSU	Christlich Soziale Union	Deutschland
DF	Dänische Volkspartei	Dänemark
EAF	Europäische Allianz für Freiheit	Offizielle Europapartei
EFD	Europa der Freiheit und Demokratie	Fraktion im EU-Parlament (09-14)
EFDD	Europa der Freiheit und Direkten Demokratie	Fraktion im EU-Parlament
EFF	Europäische Stiftung für Freiheit	Europäische Stiftung (zu EAF)
EKR	Europa der Konservativen und Reformen	Fraktion im EU-Parlament
ENF	Europa der Nationen und Freiheit	Fraktion im EU-Parlament
ENF	Europäische Nationale Front	Europäisches Bündnis
EODE	Eurasische Beobachtungsstelle für Demokratie und Wahlen	Belgien
ER	Einiges Russland	Russland
EuroNat	Europäische Nationalisten – Für ein Europa der Nationen	Europapartei 1997-2010
EVP	Europäische Volkspartei	Fraktion im EU-Parlament
FI	Vorwärts Italien	Italien
FIDESZ	Ungarischer Bürgerbund	Ungarn
FN	Front National	Frankreich
FPÖ	Freiheitliche Partei Österreichs	Österreich
FT	Soziale Bewegung – Dreifarbige Flamme	Italien
GRÜNE	Grüne	Fraktion im EU-Parlament
GUE/NGL	Vereinigte Europäische Linke/Nordische Grüne Linke	Fraktion im EU-Parlament
ITS	Identität, Tradition, Souveränität	Fraktion im EU-Parlament (2007)
JOBBIK	Bewegung für ein besseres Ungarn	Ungarn
KKE	Kommunistische Partei Griechenlands	Griechenland
KNP	Kongress der Neuen Rechten	Polen
KORWiN	Koalition der Erneuerung der Republik Freiheit und Hoffnung	Polen
LN	Lega Nord	Italien
LZS	Bauernverband Lettlands	Lettland
M5S	Fünf-Sterne-Bewegung	Italien
MENL	Bewegung für ein Europa der Nationen und Freiheit	Europapartei
ND	New Direction – Stiftung für Europäische Reform	Europäische Stiftung (zu AEKR)
NI	Fraktionslose EU-Parlamentarier	EU-Parlament
NPD	Nationaldemokratische Partei Deutschlands	Deutschland
N-VA	Neu-Flämische Allianz	Belgien
ODS	Demokratische Bürgerpartei	Tschechien
PdL	Volk der Freiheit	Italien
PEGIDA	Patriotische Europäer Gegen die Islamisierung des Abendlandes	Deutschland
PiS	Recht und Gerechtigkeit	Polen
PRM	Großrumänienpartei	Rumänien
PS	Wahre Finnen	Finnland
PSD	Sozialdemokratische Partei	Rumänien
PVV	Partei für die Freiheit	Niederlande
S&D	Sozialisten und Demokraten	Fraktion EU-Parlament
SD	Schweden Demokraten	Schweden
SNS	Slowakische Nationalpartei	Slowakei
SNS	Slowenische Nationale Partei	Slowenien
SSO	Partei der freien Bürger	Tschechien
SV	Allukraine Vereinigung „Freiheit“	Ukraine
SYRIZA	Koalition der Radikalen Linken	Griechenland
TT	Ordnung und Gerechtigkeit	Litauen
UKIP	United Kingdom Independence Party	Vereinigtes Königreich
UMP	Union für eine Volksbewegung	Frankreich
VB	Vlaams Belang	Belgien
YEAH	Junge Europäische Allianz für Hoffnung	Europäischer Jugendverband

ERFOLG: AUFSTIEG DER RECHTEN EU-KRITIKERINNEN

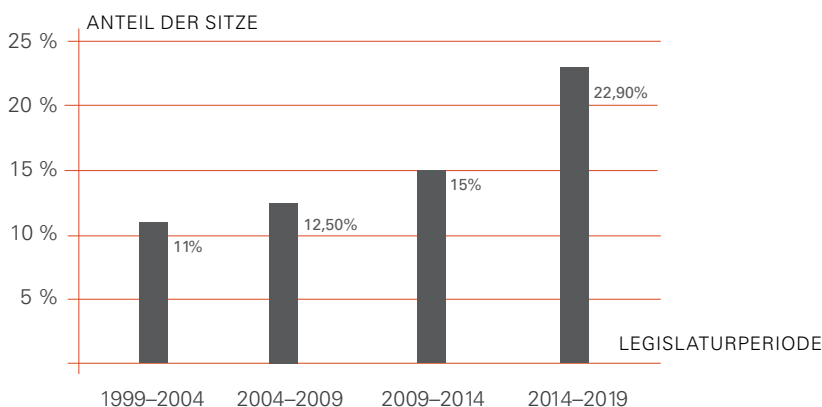
Der Erfolg rechtspopulistischer Parteien wird gemeinhin als politische Folge krisenhafter Modernisierungsprozesse gedeutet. (Vgl. Spier 2006) Tatsächlich sind Rechtsaußenparteien und -bewegungen im Nachklang der globalen Finanzkrise in vielen Staaten weltweit in der Offensive, betrachtet man *„das Desaster der Demokraten in den US-Midterms, die durch Wahlen abgesegnete Erdoğan-Rochade in der Türkei, die Urbanisierung Ungarns, de[n] Wahlsieg Shinzo Abes in Japan und de[n] Triumph des Hindu-Nationalisten Modi in Indien“*. (Bröning 2015) Auch in Europa ist die „nationale Frage“ (Baier 2015) wieder auf der Tagesordnung, nicht nur in Ungarn, Polen oder Großbritannien. So unterschiedliche Entwicklungen wie die Dauerregierungskrise in Belgien, das Referendum über die nationale Unabhängigkeit Schottlands, der Krieg um die Ostukraine oder die aus Dresden kommende und europaweit nachgeahmte PEGIDA mit ihrem ausschließlich gemeinten Schlachtruf „Wir sind das Volk“ zeigen dies ebenso wie die Wahlerfolge rechtspopulistischer Parteien bei der Europawahl 2014. (Vgl. Hildebrandt 2015)

Rechtsaußenparteien in der EU sind entsprechend selbstbewusst. „Front National erste Partei in Frankreich – das System in Panik!“¹ – so bewertete Steeve Briois, Generalsekretär des Front National (FN), den Wahlsieg seiner Partei bei der Europawahl in Frankreich. In Großbritannien habe der Europawahlsieg der United Kingdom Independence Party (UKIP) ein „politisches Erdbeben“² ausgelöst, frohlockte Parteiführer Nigel Farage.^A Auch in Dänemark gewann die rechtspopulistische Dänische Volkspartei (DF) die Europawahl: Der junge DF-Spitzenkandidat Morten Messerschmidt stellte mit 465.758 Direktstimmen für seine Person einen neuen nationalen Rekord auf.³

A Bei den Unterhauswahlen im Mai 2015 legte UKIP im Vergleich zu den letzten nationalen Parlamentswahlen um 9,5 Prozent auf 12,6 Prozent zu, was aber aufgrund des nicht-repräsentativen, relativen Mehrheitswahlrechts in Großbritannien nur für ein Mandat reichte.

Die Europawahl 2014 war wahlhistorisch die bisher erfolgreichste für Rechtsaußenparteien in der EU. Zusammengenommen haben die EU-skeptischen bis EU-feindlichen Parteien, die sich in Fraktionen und Bündnissen rechts von der christlich-konservativen Europäischen Volkspartei (EVP) gesammelt haben, 172 Mandate im EU-Parlament erhalten. Dies entspricht knapp 23 Prozent der Sitze. In der Legislaturperiode 2009 bis 2014 lag der Sitzanteil dieses Parteienspektrums noch bei rund 15, 2004 bis 2009 bei 12,5 Prozent⁴. Rechtspopulistische Parteien in der EU befinden sich in einem langfristigen politischen Aufwärtstrend, der sie in einigen Mitgliedsstaaten an die Schwelle der nationalen Mehrheitsfähigkeit geführt hat.⁵

SITZANTEILE EU-KRITISCHER PARTEIEN IM EU-PARLAMENT RECHTS DER EVP ZWISCHEN 1999 BIS 2014



Quelle: Eigene Berechnung

B Obgleich die Europawahl die beste Momentaufnahme darstellt, um einen vergleichenden Blick auf die politische Grundstimmung und die Kräfteverhältnisse in den EU-Mitgliedsstaaten zu werfen, gilt sie weiterhin als Wahl zweiter Ordnung. Die Wahlbeteiligung bei der Europawahl ist durchweg niedriger als bei nationalen Parlamentswahlen. Sie betrug im EU-Durchschnitt 43,09 Prozent, schwankt aber stark zwischen den Mitgliedsstaaten mit Wahlpflicht wie Belgien (90 Prozent) und dem Schlusslicht Slowakei (13 Prozent). In Osteuropa ist die Wahlbeteiligung im Schnitt deutlich schlechter als im Westen, wo Portugal mit 34,5 Prozent die niedrigste Wahlbeteiligung aufweist. Eine niedrige Wahlbeteiligung scheint im Ländervergleich nicht dafür verantwortlich zu sein, dass Rechtsaußenparteien erfolgreich sind. Betrachtet man beispielsweise die drei EU-Mitgliedsstaaten, in denen rechtspopulistische Parteien die Europawahl 2014 gewonnen haben, ergibt sich folgendes Bild: Frankreich liegt mit einer Wahlbeteiligung von 43,5 Prozent im EU-Durchschnitt. Der FN erreichte dort 24,95 Prozent der Stimmen, ein Plus von 18,65 Prozent, wobei die Wahlbeteiligung gegenüber 2009 um 2,87 Prozent leicht gestiegen ist. In Dänemark liegt die Wahlbeteiligung deutlich über dem EU-Durchschnitt bei 56,4 Prozent; sie nahm gegenüber 2009 um drei Prozent leicht ab. Die DF kam auf 26,6 Prozent, womit sie ihren Stimmanteil um 11,4 Prozent steigerte. Großbritannien dagegen liegt in der Wahlbeteiligung mit 36 Prozent unter dem EU-Durchschnitt, im Vergleich zu 2009 gingen 2014 1,3 Prozent mehr Wahlberechtigte an die Urnen. Die UKIP steigerte ihren Stimmanteil auf 26,77 Prozent, was einer Zunahme von 10,68 Prozent entspricht.

SPEKTRUM: DIE RECHTSAUSSENPARTEIEN IN DER EU

Für das breite Spektrum der Parteien rechts von der konservativen Fraktion der Europäischen Volkspartei (EVP) wird hier der Begriff der Rechtsaußenparteien verwendet. Er schließt national-konservative Parteien wie die polnische PiS, rechtspopulistische Parteien wie die britische UKIP, rechtsextreme Parteien wie Marine Le Pens FN und neonazistische Parteien wie die deutsche NPD ein.

Zu den Rechtsaußenparteien gehört nach dieser Vorgehensweise auch die **britische Konservative Partei (CON)**, die angesichts der Erfolge der UKIP vor den Unterhauswahlen im Mai 2015 weiter nach rechts rückt. Es sei zu einem „Abdriften der moderaten [EU-] Skeptiker“ nach rechtsaußen gekommen, schreiben Kietz und Ondarza (2014:3): Die EU-Mitgliedschaft wird offen infrage gestellt, EinwanderInnen aus EU- und Nicht-EU-Staaten werden für Missstände verantwortlich gemacht, rechtspopulistische Parteien in die EKR-Fraktion im EU-Parlament integriert (siehe Kapitel 3).

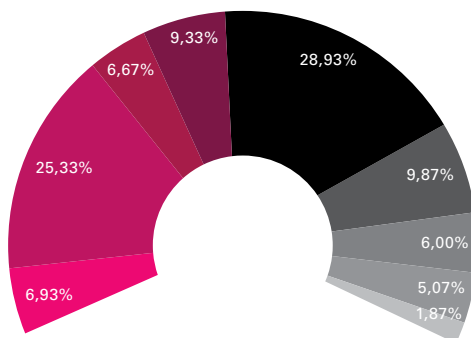
Schwer einzuordnen ist die **äußerst heterogene italienische Protestpartei Fünf-Sterne-Bewegung (M5S)** mit ihrer charismatischen Führerfigur Beppe Grillo. Sie ist dem politischen Stil nach populistisch, entzieht sich jedoch einem klassischen Rechts-Links-Schema. Alle Partnerparteien in der EFDD-Fraktion kommen aus dem rechtspopulistischen Spektrum. Die Entscheidung des M5S, der EFDD beizutreten, wurde online als Mitgliederbefragung getroffen; Parteichef Grillo stellte nur zwei Fraktionen zur Auswahl, die nationalkonservativ-rechtspopulistische EKR und die rechtspopulistische EFDD. Die M5S-Abgeordneten im EU-Parlament machten jedoch eher mit politisch links-liberalen Forderungen auf sich aufmerksam, wenn sie sich für liberale Freiheitsrechte, ArbeitnehmerInnenschutz oder den Stopp des EU-US-Freihandelsabkommens TTIP einsetzten. Währenddessen fiel der Parteivorsitzende Beppe Grillo immer wieder mit verbalen und in seinem Internetblog auch schriftlich verfassten Ausfällen gegen EinwanderInnen und Roma auf. 2013 wies er zwei M5S-Abgeordnete im italienischen Senat zurecht, die einen Antrag zur Entkriminalisierung von Einwanderung formuliert hatten.

Andere **Parteien, die eindeutig dem Rechtspopulismus zuzuordnen sind, sitzen im EU-Parlament nicht rechts außen, sondern in der EVP-Fraktion.** Dies trifft beispielsweise auf die ungarische FIDESZ unter Viktor Orbán zu. Seine Regierung verstieß zuletzt demonstrativ gegen internationale humanitäre Standards, als eine größere Anzahl Flüchtlinge über Ungarn nach Österreich und Deutschland reisen wollte. Die FIDESZ-Regierung beschloss im September 2015 Gesetze, die das Überwinden des neuen Grenzzauns als kriminelles Delikt ahnden und es erlauben, das Militär gegen die Einreise von Flüchtlingen einzusetzen. Auch Teile der italienischen Forza Italia (FI) kommen aus dem extrem rechten Spektrum. Die FI wird im EU-Parlament unter anderem von der Abgeordneten Alessandra Mussolini vertreten. Die Enkelin des faschistischen Diktators war noch 2007 mit ihrer neofaschistischen Partei Azione Sociale (AS) Mitbegründerin der rechtsextremen EP-Fraktion *Identität, Tradition, Souveränität* (ITS), bevor die AS in Berlusconi's Il Popolo della Libertà (Pdl) und dann in der wiedergegründeten FI aufging. Die bayrische Regionalpartei Christlich Soziale Union (CSU), die mit Manfred Weber seit 2014 den Vorsitzenden der EVP-Fraktion stellt, machte im Wahlkampf zur Bundestagswahl 2013 und zur EU-Wahl 2014 mit Parolen gegen Flüchtlinge und EinwanderInnen wie „Wer betrügt, der fliegt“ und der Forderung nach einer „Ausländermaut“ Stimmung. Die CSU lud den ungarischen Premier Orbán demonstrativ zu einer Fraktionsklausur nach Bayern ein und signalisierte damit, dass sie dessen antihumanistische Abschottungspolitik gegen Flüchtlinge unterstützt.

FRAKTIONEN: WIE SICH DIE RECHTSAUSSENPARTEIEN IM EU-PARLAMENT ORGANISIEREN

Wie 2009 gab es auch nach den Europawahlen 2014 zunächst wieder sieben Fraktionen und eine Gruppe fraktionsloser Abgeordneter im EP.^c Rechts von der EVP hatten sich zunächst wie 2009 zwei rechte Fraktionen zusammengefunden. Als Marine Le-Pen und Geert Wilders nach einem Jahr im EU-Parlament im Juni 2015 ihre Fraktion *Europa der Nationen und der Freiheit* (ENF) gründeten, kam eine weitere Rechtsaußenfraktion hinzu. Außerdem dominieren rechtsextreme Abgeordnete weiterhin die kleine Gruppe der fraktionslosen Mandatsträger (NI). Geändert hat sich, neben der Zahl der Fraktionen und deren Größenverhältnissen, wie sich die Fraktionen rechts außen zusammensetzen.

ZUSAMMENSETZUNG DES EU-PARLAMENTS, AUGUST 2015



Fraktion

■ Vereinigte Europäische Linke / Nordische Grüne Linke	52
■ Sozialisten und Demokraten	190
■ Grüne/Europäische Freie Allianz	50
■ Allianz der Liberalen und Demokraten für Europa	70
■ Europäische Volkspartei	217
■ Europa der Konservativen und Reformen	74
■ Europa der Freiheit und der Direkten Demokratie	45
■ Europa der Nationen und der Freiheit	38
■ Fraktionslose	14

Sitze

Quelle: Europäisches Parlament, 17. 8. 2015

^c Zur Gründung einer Fraktion werden nach der Geschäftsordnung des EU-Parlaments, Art. 30, Abs. 2, 25 Abgeordnete aus mindestens einem Viertel der Mitgliedsstaaten benötigt, nach dem EU-Beitritt Kroatiens als 28. EU-Mitgliedsstaat also aus sieben.

RECHTSRUCK:

DIE FRAKTION DER EUROPÄISCHEN KONSERVATIVEN UND REFORMER (EKR)

Die EKR-Fraktion ist zur drittstärksten Kraft im EU-Parlament aufgestiegen. Dies war vor der Europawahl nicht abzusehen, denn elf von 17 Parteien in der EKR sind im Mai 2014 erstmals der Fraktion beigetreten. Dominiert wird die Fraktion weiterhin von den britischen Konservativen (CON) mit 21 Sitzen und der polnischen Partei Recht und Gerechtigkeit (PiS) des ehemaligen Ministerpräsidenten Jarosław Kaczyński (PiS), die 19 Abgeordnete entsendet. Die Demokratische Bürgerplattform (ODS), einst von dem tschechischen Ex-Präsidenten Václav Klaus mitbegründet und von 2009 bis 2014 noch mit tonangebend in der Fraktion, hat infolge von Korruptionsskandalen sieben von neun Sitzen verloren. Drittstärkste Kraft war bis zu ihrer Aufspaltung die Alternative für Deutschland (AfD), deren Abspaltung Allianz für Fortschritt und Aufbruch (ALFA) mit vier Abgeordneten nun mehr Abgeordnete stellt als die AfD mit zwei verbliebenen Sitzen.^D Die Dänische Volkspartei (DF), die auch bei den dänischen Parlamentswahlen im Juni 2015 erfolgreich war und im Folketinget erstmals zweitstärkste Partei mit 21 Prozent wurde, kommt auf vier Sitze.

Die Fraktion ist nicht nur quantitativ gewachsen. Sie ist gleichzeitig weit nach rechtsaußen gerückt, als dezidiert rechtspopulistische Parteien wie AfD, die DF, die Wahren Finnen (PS) und die Unabhängigen Griechen (ANEL) aufgenommen wurden. Die Gruppenkohäsion – das ist der Maßstab, mit dem gemessen wird, inwiefern die Abgeordneten in einer Fraktion gleich abstimmen – lag im Zeitraum Juli 2014 bis Januar 2015 bei 77,66 Prozent und damit neun Prozent unter dem Wert in der Legislaturperiode 2009 bis 2014. (Vgl. Votewatch.eu)

Fraktionsvorsitzender der EKR ist der aus London stammende Brite Syed Kamall (CON), der mit seinem Mandat den Finanzplatz London gegen „Neid“ aus Deutschland und Frankreich verteidigen will.⁵

D Die AfD etabliert sich nach inneren Flügelkämpfen, der Annäherung an die völkisch-rassistische Bewegung Patriotische Europäer gegen die Islamisierung des Abendlandes (PEGIDA) und nach der Abspaltung der ALFA mit Bernd Lucke endgültig im rechtspopulistischen Parteienspektrum. (Vgl. Häusler/Roeser 2015; Werner 2015; Behrmann 2015) Welches politische Profil die erst am 19. Juli 2015 unter Führung des ehemaligen AfD-Vorsitzenden und EU-Abgeordneten Lucke gegründeten ALFA entwickelt, bleibt abzuwarten. Das bei der Gründung in Kassel verabschiedete Parteiprogramm lässt eine national-neoliberale wirtschaftspolitische Linie mit sozialchauvinistischen Tendenzen gegenüber armen EinwanderInnen erkennen. (Vgl. Parteiprogramm ALFA: <http://www.sport-id.de/files/mediaFiles/79436.pdf>)

DIE FRAKTION EUROPA DER FREIHEIT UND DER DIREKTEN DEMOKRATIE (EFDD)

Die rechtspopulistische Fraktion *Europa der Freiheit und Direkten Demokratie* (EFDD) besteht aus sieben Delegationen, von denen nur zwei – die UKIP sowie die litauische Partei Recht und Ordnung (TT) – der Vorgängerin EFD angehörten. Neu hinzugekommen sind die Fünf-Sterne-Bewegung (M5S) aus Italien, die Schwedendemokraten (SD), die tschechische Partei der Freien Bürger (SSO), eine abtrünnige FN-Abgeordnete sowie ein einzelner Vertreter des Kongresses der neuen Rechten (KNP) aus Polen. Dieser stieß nachträglich zur EFDD, nachdem eine Abgeordnete der lettischen Bauernpartei (LZS) im Oktober 2014 die Fraktion verlassen hatte, wodurch vorübergehend der Fraktionsstatus verloren ging.

Geführt wird die Fraktion von einer Doppelspitze bestehend aus dem ehemaligen Investmentbanker Nigel Farage (UKIP) und dem bis dato unbekanntem Italiener David Borelli (M5S). In den innerparlamentarischen Organisationsprozessen, zum Beispiel in parlamentarischen Ausschüssen oder in der Konferenz der Präsidenten, übernimmt weitgehend der M5S die Arbeit für die EFDD. Die UKIP nutzt die Fraktion vor allem als Bühne für den charismatischen Parteiführer Farage.

Die EFDD wird zahlenmäßig überwältigend von der UKIP (22 Abgeordnete) und dem M5S (17 Abgeordnete) dominiert. Drittstärkste Delegation ist die SD mit zwei Abgeordneten. Die TT wird nur von Rolandas Paksas, dem ehemaligen Bürgermeister von Vilnius und Ex-Präsidenten Litauens, die SSO nur von ihrem Vorsitzenden Petr Mach vertreten, dem abtrünnigen Ex-Vorsitzenden der Jugendorganisation der ODS und ehemaligen Berater von Václav Klaus. Die Fraktion hat den Slogan „people’s voice“ (dt. „Volkes Stimme“) ihrer Vorgängerfraktion *Europa der Freiheit und Demokratie* (EFD) übernommen. Dies erinnert auch daran, dass UKIP sich als „people’s army“ („Volksarmee“) der einfachen Leute gegen die politischen Eliten bezeichnet. Auf Wunsch der M5S wurde dem Begriff Demokratie im Namen noch das Attribut „Direkte“ beigefügt.

Die EFDD-Fraktion ist weitgehend technischer Natur; gemeinsam wird zwar die EU abgelehnt und fast alle Parteien inszenieren sich als nationale Anti-Eliten-Bewegungen. Darüber hinaus gibt es jedoch kaum programmatische Gemeinsamkeiten. Die Gruppenkohäsion bei Abstimmungen zwischen Juli 2014 bis Januar 2015 liegt dementsprechend niedrig bei 51,59 Prozent. (Votewatch.eu)

Weil sie mit sieben Delegationen nur knapp die Bedingung für den Fraktionsstatus erfüllt und vier der sieben nur über einen Abgeordneten verfügen, ist die EFDD stets in ihrer Existenz gefährdet.

DIE FRAKTION EUROPA DER FREIHEIT UND DIREKTEN DEMOKRATIE (EFDD)

EU – MITGLIED	PARTEI	2014 ERGEBNIS	2014 MDEP	2009 ERGEBNIS	BIS 2014 FRAKTION
GB	United Kingdom Independence Party	26,77	22 (+9)	16,09	EFD
I	Fünf-Sterne-Bewegung	21,15	17	–	–
LIT	Recht + Ordnung	14,25	1 (+/-)	12,22	EFD
S	Schwedendemokraten	9,70	2	–	–
CS	Partei der freien Bürger	5,24	1	–	–
F	Unabhängig (vormals FN)*	24,95 (FN)	1	6,3 (FN)	NI (FN)
PL	KNP (Einzelvertreter)**	7,15 (KNP)	1	–	–

* Die Abgeordnete Joëlle Bergeron verließ nach der Europawahl den FN und trat als unabhängige Abgeordnete der EFDD bei.

** Der KNP-Abgeordnete Robert Iwaszkiewicz trat nachträglich der EFDD bei.

DIE FRAKTION EUROPA DER NATIONEN UND FREIHEIT (ENF)

Die Fraktion *Europa der Nationen und Freiheit* (ENF) wurde erst ein Jahr nach der Europawahl gegründet. In einem europaweit Aufsehen erregenden Wahlkampf waren Marine Le Pen und Geert Wilders 2014 als erste gemeinsame SpitzenkandidatInnen der extremen Rechten für eine Fraktion im EU-Parlament angetreten. Das war neu und zeigt, dass die extreme Rechte in ihrem Kampf gegen die EU und für geschlossene nationale Gesellschaften selbst europäischer geworden ist. Die Gründung der rechtsextremen Fraktion schien gut vorbereitet: Bereits 2010 war eine gemeinsame Europapartei namens Europäische Allianz für Freiheit (EAF) mit eigenem Think Tank (Europäische Stiftung für Freiheit) gegründet worden, beides EU-finanziert. (vgl. Janssen 2013)

Während des Europawahlkampfes 2014 gründeten die Jugendverbände einiger EAF-Parteien auch einen gemeinsamen europäischen Jugendverband namens Junge Europäer für Hoffnung (engl. Akronym: YEAH), dessen Manifest für ein „Europa der Nationen“ wirbt. An der Gründung der europäischen Rechtsjugend beteiligt waren die Jugendorganisationen von FPÖ, FN, VB sowie der SD.

Nach der Wahl hatte die potenzielle Fraktion dann zwar genügend Abgeordnete, aber nicht die benötigten sieben Delegationen beisammen, um eine offizielle Fraktion im EU-Parlament zu bilden. So blieben Marine Le Pens FN (24 Abgeordnete), Geert Wilders' Partei der Freiheit (PVV) (vier Abgeordnete), Matteo Salvini's Lega Nord (LN) (vier Abgeordnete), Heinz-Christian Strache's Freiheitliche Partei Österreichs (FPÖ) (vier Abgeordnete) und der Vlaams Belang (VB) (ein Abgeordneter) zunächst fraktionslos. Ein Grund dafür

war, dass zwei ehemalige Partner nicht mehr zur Verfügung standen: Die slowakischen Nationalisten (SNS) waren bei der Wahl gescheitert, und die Schwedendemokraten (SD) hatten wegen eines Skandals um rassistische und den Nationalsozialismus verharmlosende Äußerungen des FPÖ-KandidatInnen Andreas Mölzer mitten im Wahlkampf das Bündnis verlassen.

Aber der FN arbeitete weiter an dem Projekt einer eigenen rechtsextremen Fraktion im EU-Parlament. Im Oktober 2014 verkündete Aymeric Chauprade in seiner damaligen Funktion als Delegationsleiter des FN im EU-Parlament, es sei eine neue Europapartei namens *Bewegung für ein Europa der Nationen und Freiheiten* (engl. Akronym: MENF) unter der Kontrolle des FN gegründet worden.⁵ Die PVV sei nicht Mitglied, aber weiter Teil des Bestrebens, eine neue Rechtsfraktion im EU-Parlament zu gründen. Gerüchte, Korwin-Mikkos KNP sei dabei, wies Chauprade zunächst zurück.⁶ Am 15. Juni 2015 war es dann auch im EU-Parlament so weit. Bei einer Pressekonferenz im Brüsseler Paul-Henry-Spaak-Gebäude verkündeten Marine Le Pen und Geert Wilders, man habe nun die Mitglieder für eine Fraktion beisammen. Es war Le Pen und Wilders gelungen, nun doch zwei Mitglieder der polnischen KNP sowie die abtrünnige UKIP-Abgeordnete Janice Atkinson für die Fraktion zu gewinnen.⁷ Inzwischen ist der rumänische Abgeordnete Laurențiu Rebeaga aus der sozialdemokratischen S+D-Fraktion aus- und als achte Delegation in die ENF eingetreten.⁸

Die Fraktion wird geführt von Marine Le Pen, die mit 22 FN-Abgeordneten allein mehr als die Hälfte der Abgeordneten in der insgesamt 38-köpfigen Fraktion stellt. Marine Le Pens Vater Jean-Marie Le Pen und der ehemalige Vorsitzende der ITS-Fraktion Bruno Gollnisch blieben aus Protest gegen Le Pens Modernisierungskurs im FN fraktionslos. Co-Vorsitzender der ENF ist Marcel de Graaff von der PVV. Die niederländischen RechtspopulistInnen entsenden wie die FPÖ vier Abgeordnete.

E Im Februar 2015 musste Chauprade auf Druck Le Pens von seinen Posten als Delegationschef und Vorsitzender der MENF zurücktreten. Es hatte einen Skandal um eine Videoaufnahme Chauprades gegeben, in der dieser von einem „Krieg Frankreichs mit Muslimen“ gesprochen hatte. (Vgl. Le Lab Europe 1: L'eurodéputé FN Aymeric Chauprade affiche sa tentative de rabiobchage avec Marine Le Pen – <http://lelab.europe1.fr/L-eurodepute-FN-Aymeric-Chauprade-affiche-sa-tentative-de-rabiobchage-avec-Marine-Le-Pen-21168>) Abrufdatum: 10.11.2015

DIE FRAKTION EUROPA DER NATIONEN UND FREIHEIT (ENF)

EU – MITGLIED	PARTEI	2014 ERGEBNIS	2014 MDEP	2009 ERGEBNIS	2009-2014 FRAKTION
F	Front National	24,95	24 (+21)	6,3	NI
NL	Partei für die Freiheit	13,32	4 (-1)	16,97	NI
A	Freiheitliche Partei Österreichs	19,72	4 (+2)	12,71	NI
I	Lega Nord	6,15	4 (-5)	10,2	EFD
B	Vlaams Belang	4,14	1 (-1)	9,85	NI
PL	KNP *	7,15	2	–	–
GB	UKIP (Einzelvertreterin)**	26,77	24 (+11)	16,09	EFD
RUM	Vereinigtes Rumänien (vormals PC/S+D)***	–	–	–	–

* Mit dem Beitritt der KNP-Abgeordneten Michał Marusiak und Stanisław Żółtek zur ENF bleibt aus der Vierköpfigen KNP-Delegation nur der inzwischen ehemalige Parteichef Korwin-Mikke fraktionslos.

** Die britische UKIP-Abgeordnete Janice Atkinson trat aus der EFDD-Fraktion aus und in die ENF-Fraktion ein.

*** Der rumänische Abgeordnete Laurențiu Rebegea trat im Juli 2015 aus der Konservativen Partei (PC) und der S+D-Fraktion aus und trat der Partei PRU und als deren nunmehr einziger EU-Abgeordneter der ENF bei.

DIE FRAKTIONSLOSEN ABGEORDNETEN DER EXTREMEN RECHTEN

In der Gruppe der fraktionslosen Abgeordneten gehören nach der Gründung der ENF noch zehn von 14 Mandatsträgern rechtspopulistischen bis extrem rechten Parteien an. Das Spektrum der fraktionslosen Rechten wiederum setzt sich aus Parteien zweier rechtspopulistischer bis neonazistischer Bündnisse zusammen.

Aus dem rechtsextremen Bündnis EuroNat – Für ein Europa der Nationen wurde 2009 die offizielle und damit EU-finanzierte **Europapartei Allianz der Europäischen Nationalen Bewegungen (AENM)**. (Vgl. Janssen 2013) Jobbik, deren EU-Abgeordneter Béla Kovács seit 2013 für vier Jahre zum Präsidenten der AENM gewählt wurde, kooperiert über die AENM mit derzeit nicht im EU-Parlament vertretenen Parteien wie der British National Party (BNP). Deren ehemaliger Vorsitzender und Ex-EU-Abgeordneter Nick Griffin ist Vizepräsident der AENM, er verpasste 2014 die Wiederwahl. Valerio Cignetti von der italienischen Fiamma Tricolore (FT), zuletzt 2004 bis 2009 im EU-Parlament, ist Generalsekretär. Ein Vertreter der slowenischen Nationalisten (SNS) ist im Vorstand vertreten. Jean-Marie Le Pen und Bruno Gollnisch, 2007 Vorsitzender der ITS-Fraktion und bis 2013 Präsident der AENM, partizipierten bis kurz vor der Europawahl 2014 aktiv in der Europapartei. Dann erzwang Marine Le Pen den Rückzug der beiden aus der AENM, um den Wahlkampf der EAF nicht zu gefährden, negative Medienberichte zu verhindern und potenzielle Partner nicht zu verschrecken.



Die griechische Goldene Morgenröte (CA) und die Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NPD) vernetzen sich bereits seit 2004 in der nicht EU-finanzierten **Euro-päischen Nationalen Front (ENF)**. Die NPD wird seit Mai 2014 durch ihren ehemaligen Vorsitzenden Udo Voigt im EU-Parlament vertreten. Nachdem das Bundesverfassungsgericht in einem Urteil Wahlhürden für nichtig erklärte, reichte der NPD 1 Prozent, um erstmals ins EU-Parlament einzuziehen. Gegen die CA wird in Griechenland als kriminelle Vereinigung ermittelt. Die NPD unterstützt die CA unter anderem mit Resolutionsanträgen und Anfragen an die EU-Kommission aus dem Europäischen Parlament heraus⁹.

Der ehemalige KNP-Vorsitzende **Janusz Korwin-Mikke** hat sich bisher keinem Bündnis angeschlossen. Nachdem er den Vorsitz der KNP abgegeben hatte, der er nunmehr noch als Ehrenmitglied angehört, gründete er eine neue Partei namens *Koalition der Erneuerung der Republik Freiheit und Hoffnung* (pol. Akronym: KORWiN).

DIE FRAKTIONSLOSEN PARTEIEN JOBBIK, GOLDENE MORGENRÖTE, NPD UND KNP

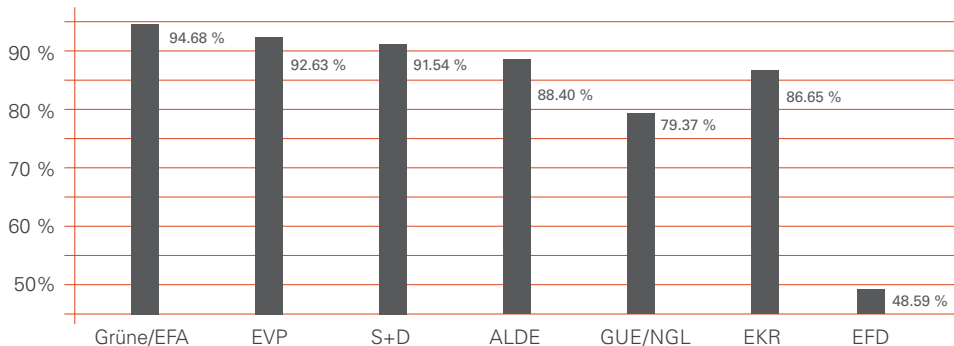
EU – MITGLIED	PARTEI	2014 ERGEBNIS	2014 MDEP	2009 ERGEBNIS	2009-2014 FRAKTION
PL	Koalition der Erneuerung der Republik Freiheit und Hoffnung	7,15 (KNP)	1	–	–
H	Bewegung für ein besseres Ungarn	14,67	3 (+/-)	14,77	NI
GR	Goldene Morgenröte	9,38	3	–	–
D	Nationaldemokratische Partei Deutschlands	1,00	1	–	–

SCHWÄCHEN: SCHWIERIGKEITEN DER RECHTSAUSSENPARTEIEN BEI DER BILDUNG STABILER BÜNDNISSE

Betrachtet man die Zusammensetzung des EU-Parlaments, so fällt auf, dass es der Vereinigten Europäischen Linken/Nordischen Grünen Linken (GUE/NGL) gelungen ist, beinahe das gesamte Parteienspektrum links von der Sozialdemokratie (S+D) zu vereinen (Ausnahme: die Kommunistische Partei Griechenlands, KKE). Auf den Sitzplätzen rechts von der christlich-konservativen EVP herrscht dagegen alles andere als Einigkeit, trotz der geteilten nationalistischen Kritik an der EU. Die drei rechtspopulistischen bis rechts-extremen nationalen Wahlsieger der Europawahl FN, UKIP und DF haben sich nicht verbündet, sondern konkurrierenden Rechtsaußen-Fraktionen und Europaparteien angeschlossen. Warum kommt es – angesichts des Machtpotenzials von beinahe einem Viertel der Sitze im EU-Parlament – zu keinem umfassenden strategischen Rechtsbündnis gegen die EU?

Zunächst zeichnen sich die Rechtsaußenparteien in der EU in den unterschiedlichen Politikfeldern – von der Wirtschafts- und Sozialpolitik über die Umweltpolitik bis zur Handels- und Außenpolitik – durch vergleichsweise große Heterogenität aus. Für die fraktionslosen Rechtsparteien liegen keine entsprechenden Zahlen vor, aber ein Vergleich der im EU-Parlament vertretenen Positionen dieser Parteien legt nahe, dass die Heterogenität vergleichbar mit jener der EFD 2009 bis 2014 ist. (Tabelle unten)

INNERE ÜBEREINSTIMMUNG (IN %) DER FRAKTIONEN IM EUROPÄISCHEN PARLAMENT 2009 – 2014



Quelle: Votewatch.eu

Inhaltliche Heterogenität ist jedoch nicht das eigentliche Hindernis für Rechtsaußenparteien, auf europäischer Ebene in einer Fraktion zusammenzuarbeiten. Wie die EFD-Fraktion 2009 bis 2014 und ihre Nachfolgerin, die EFDD-Fraktion, zeigen, kann eine einzelne Gemeinsamkeit wie die Kritik an der EU eine ausreichende Grundlage dafür sein, sich fraktionell zusammenzutun. Die Schwierigkeit besteht stattdessen in einer von allen Rechtsaußenparteien praktizierten Gratwanderung: Auf der einen Seite steht ein vom politischen und medialen nationalen Mainstream als demokratisch akzeptierter Nationalkonservatismus, auf der anderen Seite ein nicht mehr tolerierter Extremismus, der sich in offener Menschenfeindlichkeit ausdrückt, sei es als Antisemitismus, Rassismus, Muslimfeindlichkeit, Homophobie oder Frauenfeindlichkeit. Die Grenze zwischen diesen beiden diskursiven Bereichen ist stets in Bewegung und zeit-, orts- sowie situationsabhängig. Die Skandalisierung menschenfeindlicher Äußerungen durch Medien und politische GegnerInnen ist zwar einerseits in dem Sinne gewollt, als dass die AkteureInnen zeigen wollen, dass nur sie es wagen, bestimmte Themen aufzunehmen oder Tabus zu brechen. Diese kommunikative Strategie spiegelt sich in rechten Kampfbegriffen wie „linke Meinungsdiktatur“, „Gutmensch“ oder „politische Korrektheit“ wider. (Vgl. Auer 2002)

Moderne RechtspopulistInnen wollen aber nicht mehr als per se extremistisch, also antidemokratisch und menschenfeindlich, gelten. Sie wollen dauerhaft für breitere Schichten wählbar sein und haben einen tatsächlichen Machtanspruch entwickelt. Dafür steht exemplarisch Marine Le Pens Kurs der „Entdämonisierung“ des FN und ihrer „republikanischen Wende“ hin zu einer „Volkspartei des Protests“, womit sie sich von der harten, rechtsextremistischen Linie ihres Vaters und Vorgängers Jean-Marie Le Pen deutlich abgrenzt. (Vgl. Betz 2013)

Doch was passiert, wenn politische BündnispartnerInnen menschenfeindliche Positionen vertreten? Dieser **Extremismus der Anderen** fällt dann politstrategisch unkontrolliert auf die Partnerparteien zurück, was sich negativ auf deren bürgerliche Tarnung auswirkt. Im äußersten Fall fühlen sich die eigenen ParteianhängerInnen von den Äußerungen der BündnispartnerInnen sogar selbst angegriffen, etwa bei der Schmähung von EinwanderInnen oder von nationalen Minderheiten. Die folgenden Beispiele verdeutlichen dieses Problem der Rechtsaußenparteien:

- > Rassistische Äußerungen der italienischen Neofaschistin Alessandra Mussolini, heute EVP, über rumänische EinwanderInnen in Italien führten 2007 dazu, dass die rechtsextreme Fraktion *Identität, Tradition, Souveränität* (ITS) nach nur zehn Monaten zerbrach. Die rumänischen Nationalisten der Großrumänienpartei (PRM) verließen die Fraktion unter Protest.
- > Im Europawahlkampf 2014 sorgten extreme Äußerungen des FPÖ-Politikers Andreas Mölzer dafür, dass dieser seine FPÖ-Spitzenkandidatur für das EU-Parlament aufgeben musste. Er hatte die EU als „Negerkonglomerat“ bezeichnet und mit Deutschland zur Zeit des Nationalsozialismus verglichen. Aufgrund des Skandals zogen sich die SD aus dem EAF-Bündnis zurück, um Wahlerfolge bei der Europawahl und der schwedischen Parlamentswahl im September 2014 nicht zu gefährden (bei der die SD schlussendlich um 7 Prozent zulegen und 12,86 Prozent erreichte).¹⁰
- > Antisemitismus im FN ist einer der erklärten Gründe dafür, warum UKIP oder DF im EU-Parlament bisher nicht in einer Fraktion mit Marine Le Pen und ihrem FN kooperieren wollen. Als wollte er diese Haltung bestätigen, veröffentlichte der damalige Ehrenvorsitzende des FN, Jean-Marie Le Pen, kurz nach der Wahl ein antisemitisches Statement über den jüdischen Sänger Patrick Bruel: Er drohte, aus diesem eine „Ofenladung“ zu machen.¹¹ Jean-Marie Le Pen wurde im August 2015 aus dem FN ausgeschlossen, nachdem er erneut geäußert hatte, der Holocaust sei nur ein „Detail der Geschichte“.¹²
- > Marine Le Pen und Geert Wilders lehnten eine Kooperation mit Janusz Korwin-Mikke und seiner KNP laut Medienberichten ab, weil ihnen Korwin-Mikkés Aussagen etwa zur Abschaffung des Frauenwahlrechts und zum Holocaust zu extrem waren. Zwei KNP-Abgeordnete traten erst der ENF-Fraktion bei, nachdem Korwin-Mikke als Vorsitzender zurückgetreten war und seine neue Partei KORWiN gegründet hatte.



- > Die KNP soll wiederum Vorbehalte wegen Geert Wilders „Meldestelle für Störungen durch Osteuropäer“ gehabt haben, einer Webseite, auf der sich NiederländerInnen über osteuropäische EinwanderInnen beschweren konnten.
- > Jobbik schmähte im Juni 2014 FN und FPÖ als „zionistische Parteien“, nachdem diese eine engere Kooperation mit Jobbik, NPD und CA im EP abgelehnt hatten, weil ihnen diese zu extrem gewesen seien¹³.
- > Die deutsche NPD beklagte im Dezember 2014 eine angebliche „Israel Connection“ bei FPÖ, FN, UKIP und PVV.¹⁴ Mit der Konzentration auf den Islam als angebliche Bedrohung für das Abendland betrachten moderne RechtspopulistInnen wie Geert Wilders Israel als potenziellen Verbündeten. Parteien mit antisemitischen Wurzeln wie der FN oder die FPÖ versuchen diesen Kurs inzwischen nachzuvollziehen, zumindest in der Außendarstellung. Wie tief der Streit um den Antisemitismus geht, zeigt eine Äußerung Nick Griffins (bis Mai 2014 EU-Abgeordneter und Vorsitzender der britischen BNP): Er bezeichnete die Auseinandersetzung zwischen dem traditionellen antisemitischen und dem neuen vorgeblich pro-israelischen Rechtsextremismus als „Kampf um die Seele des Nationalismus“. (Vgl. Janssen 2013)
- > Bereits nach der Europawahl 2009 erklärte der ungarische Jobbik-Abgeordnete Zoltán Balczó, der 2014 wieder in das EU-Parlament gewählt wurde, seine Partei werde niemals mit den nationalistischen Parteien der Nachbarstaaten, der PRM aus Rumänien und der SNS aus der Slowakei, zusammenarbeiten, denn diese seien „chauvinistisch“¹⁵. Der Grund für die Unvereinbarkeit Jobbiks mit SNS und PRM liegt in der Hetze gegen Minderheiten der jeweils anderen Nationalitäten und der großungarischen Ideologie Jobbiks.
- > Jobbiks Verbindungen zu russischen Parteien und Konflikte wegen der ungarischen Minderheit in der Ukraine führten dazu, dass die ukrainische nationalistische Partei Svoboda (SV) ihren Beobachterstatus in der Europapartei AENM verlor. (vgl. Shekhovtsov 2014)

WIRKUNG: WIRKMÄCHTIGKEIT VON RECHTSAUSSENPARTEIEN AUF EUROPÄISCHER EBENE

Trotz der Probleme von Rechtsaußenparteien, breite und stabile Bündnisse einzugehen, kommt es gelegentlich zu **fraktions- und bündnisübergreifender Zusammenarbeit** (für die Legislaturperiode 2009 bis 2014 vgl. Janssen 2013). Angesichts einer Großen Koalition aus EVP und S+D, oftmals unter Einschluss der Liberalen und Grünen, ist es beinahe ausgeschlossen, dass RechtspopulistInnen aus dem EU-Parlament heraus direkten Einfluss auf die EU-Gesetzgebung nehmen. Selbst wenn alle Rechtsaußenparteien gemeinsam handelten, wäre für eine rechte Stimmenmehrheit im EU-Parlament ein Rechts-Bündnis mit der EVP nötig.

RechtspopulistInnen können jedoch durch mediale Aufmerksamkeit gesellschaftliche Stimmungen beeinflussen, um mittelfristig bei Wahlen zu profitieren. Die bisher größte gemeinsame Initiative der RechtspopulistInnen auf EU-Ebene ist der **Misstrauensantrag gegen die EU-Kommission unter Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker**. Anlass war die sogenannte „Lux-Leaks-Affäre“, als offengelegt wurde, wie das Großherzogtum Luxemburg unter dem damaligen Premierminister Juncker Großkonzernen wie Amazon oder Fiat Steuerprivilegien gewährt hatte. Über den Misstrauensantrag wurde am 27. November 2014 im EU-Parlament abgestimmt. Um das notwendige Quorum an EinreicherInnen zu erfüllen und den Antrag tatsächlich im Plenum des EU-Parlaments zur Abstimmung zu bringen, arbeiteten die damals noch fraktionslosen RechtspopulistInnen der heutigen ENF, die EFDD-Fraktion und Teile der EKR-Fraktion zusammen. Am Ende stimmten 101 Abgeordnete für die Resolution, 88 enthielten sich (darunter die meisten Abgeordneten der Linksfraktion GUE/NGL^F), während eine große Koalition aus EVP, S+D, der liberalen ALDE und den GRÜNEN die Juncker-Kommission mit 461 Stimmen stützte⁶. Die EKR-Fraktion, deren größte Delegation CON als britische Regierungspartei den Finanzkommissar Lord Jonathan Hill in die Kommission entsendet, hatte angekündigt, sich bei der Abstimmung zu enthalten. Eine Minderheit in der Fraktion, bestehend aus der deutschen AfD, der finnischen PS, der griechischen ANEL und Abgeordneten der polnischen PiS, unterstützte den Antrag jedoch. Zwar war die gemeinsam

^F Insgesamt sechs linke Abgeordnete – aus den Niederlanden, Dänemark und Tschechien – stimmten mit den Rechtsaußenparteien. Die Linksfraktion GUE/NGL war den RechtspopulistInnen zunächst zuvor gekommen und hatte zuerst einen Misstrauensantrag gegen Juncker vorgelegt. Weil die Linken auf die Unterschriften aus dem Lager der RechtspopulistInnen verzichteten und die anderen Fraktionen nicht interessiert waren, scheiterte der Antrag am Quorum.



erzwungene Abstimmung über den Misstrauensantrag nur ein symbolischer Erfolg für die Rechtsaußenparteien in der EU. Aber dies zeigt, dass auch rechtspopulistische und rechtsextreme Parteien Wirkmächtigkeit entfalten können, wenn es ihnen gelingt, strategisch zusammenzuarbeiten.

Wie breit Rechtsaußen-Bündnisse im Einzelfall aufgestellt sein können und wie gering bisweilen die Berührungspunkte mit der extremen Rechten abseits der medialen Aufmerksamkeit sind, verdeutlicht das Beispiel einer parlamentarischen mündlichen Anfrage an die EU-Kommission zum Thema „Das Freihandelsabkommen zwischen Europa und den Vereinigten Staaten (TTIP)...“.¹⁷ Abgeordnete der EFDD (M5S) und der späteren ENF (LN, FN, FPÖ, PVV) arbeiteten hier zusammen mit neofaschistischen und neonazistischen Parteien der AENM (JOBBIK) und der deutschen NPD. Der Antrag zeigt auch, wie sich Rechtsaußenparteien um das Thema TTIP bemühen und versuchen, Sorgen der Bevölkerung aufzugreifen. In der Anfrage ging es um den Namensschutz regionaler Lebensmittelprodukte in der EU, also auch um regionale und nationale Identität auf einem globalisierten Markt.

Innerhalb der **Selbstverwaltungsstrukturen des EU-Parlaments** bleiben Abgeordnete aus den Fraktionen ENF und EFDD bis auf weiteres marginalisiert. Wichtige parlamentsinterne Funktionen, wie etwa einem Ausschuss vorzusitzen, blieben ihnen verwehrt. Die EKR dagegen stellt die Vorsitzenden des mächtigen Binnenmarktausschusses (Vicky Ford, CON) sowie des Unterausschusses für Sicherheit und Verteidigung (Anna Elżbieta Fotyga, PiS). Der damalige AfD-Co-Vorsitzende Bernd Lucke scheiterte mit seiner Kandidatur für den stellvertretenden Vorsitz des Wirtschafts- und Währungsausschusses. An seiner Stelle wurde jedoch ein anderer EKR-Abgeordneter, der Belgier Sander Loones von der Nieuw-Vlaamse Alliantie (N-VA), gewählt. Dies deutet darauf hin, dass einzelne Parteien in den rechten Fraktionen von anderen Fraktionen bezüglich ihrer politischen Salonfähigkeit unterschiedlich bewertet werden.

Politische Wirkmächtigkeit können rechtspopulistische Parteien vor allem auf nationaler Ebene entfalten. Nicht immer ist dafür eine direkte Regierungsbeteiligung oder –tolerierung notwendig. Allein der Druck durch demoskopische Erfolge der Rechtsaußenparteien reicht zuweilen aus, um die Politik insgesamt nach rechts zu verschieben. „Adoptionsstrategien“ – die Übernahme rechtspopulistischer Positionen durch konservative und sozialdemokratische Parteien – führen dazu, dass die Programme und Diskurse der RechtspopulistInnen zusätzlich legitimiert werden. Der Zuspruch zum rechtspopulistischen Original steigt dann mit großer Wahrscheinlichkeit an. (Vgl. Goodwin 2011: 24)

AKTUELLE BEISPIELE FÜR DIE WIRKUNG VON RECHTSAUSSENPARTEIEN AUF NATIONALER EBENE:

- Der Wahlsieg der PiS in Polen mit 37,58 Prozent der Stimmen und 242 von 460 Sitzen im Sejm bedeutet eine absolute Mehrheit für die neue Ministerpräsidentin Beata Szydlo. Die PiS gewann den Wahlkampf unter anderem mit flüchtlings- und muslimfeindlichen Parolen des Parteivorsitzenden Jaroslaw Kaczynski.¹⁸ Welche Politik die PiS-Regierung in Fragen der EU-Flüchtlingspolitik oder des Euro-Beitritts Polens machen wird, wird sich bald zeigen.
- Die Verschärfung des Asylrechts in Dänemark, nachdem die DF mit 21,1 Prozent zweitstärkste Kraft bei den Parlamentswahlen 2015 wurde. Im Wahlkampf hatten sich die Spitzenkandidatin der Sozialdemokraten Helle Thorning-Schmidt und der Kandidat des Mitte-Rechts-Bündnisses Lars Løkke Rasmussen bereits rechtspopulistischer Parolen bedient, um einen noch größeren Wahlerfolg der DF zu verhindern.¹⁹ Nach der Wahl legte die neue Minderheitsregierung unter Premier Rasmussen als erste Amtshandlung einen Gesetzesentwurf zur Verschärfung des Asylrechts vor.²⁰
- Das In-Out-Referendum zur Mitgliedschaft Großbritanniens in der EU, welches der konservative britische Premier David Cameron (CON) bis Ende 2017 angekündigt hat, um rechte Wählerinnen und Wähler der UKIP zurückzugewinnen.
- Die beiden EKR-Regierungen in Großbritannien (CON) und Tschechien (ODS) weigerten sich, den sogenannten Fiskalpakt^G 2012 zu unterzeichnen, weil er zu sehr in die nationale Souveränität eingreife. Alle anderen Regierungen der EU stimmten zu.
- Die verschärften Kontrollen an den dänischen Grenzen zu Deutschland und Schweden 2011, welche die DF gegenüber der damaligen rechts-liberalen Minderheitsregierung in Dänemark durchsetzte.
- Der Posten des Verteidigungsministers für den ANEL-Vorsitzenden Panos Kammenos in der griechischen Regierung seit Januar 2015. In Anbetracht der politischen Schwäche ANELs und der Mehrheitsverhältnisse in der Koalition ist ein Einfluss der Partei auf die griechische Regierungspolitik jedoch nicht wahrnehmbar.

Die aussichtreichste Chance auf politische Macht besteht für den FN in Frankreich: **Marine le Pen strebt einen Sieg bei den Präsidentschaftswahlen 2017 an.** Im Gegensatz zu ihrem Vater verfolgt die Tochter des FN-Gründers tatsächlich eine auf Machtübernahme ausgerichtete politische Strategie. (vgl. Servettaz 2014) Sie könnte laut Umfragen des französischen Ifop-Institutes mit 27 Prozent die erste Runde einer Präsidentschaftswahl überstehen und in die Stichwahl kommen (Stand: August 2015).²¹

POLITISCHE GEOGRAPHIE: RECHTSPOPULISMUS ALS WOHLFAHRTSCHAUVINISMUS

Betrachtet man die wahlpolitische Landkarte der EU 2014, fällt auf, dass rechtspopulistische Parteien nicht in allen EU-Mitgliedsstaaten gleichermaßen erfolgreich sind. **In den südlichen EU-Staaten Spanien, Portugal oder Zypern wurden im Mai 2014 keine rechtspopulistischen Parteien in das EU-Parlament gewählt**, obwohl diese allesamt gravierende soziale Folgen der Finanzkrise bewältigen müssen. Mit der neonazistischen CA und der rechtspopulistischen Partei ANEL gibt es jedoch zwei bei Wahlen erfolgreiche Rechtsaußenparteien in Griechenland.

In Mittel- bis Südosteuropa zeigt sich ein durchwachsendes Bild. Hervorzuheben ist die Situation in Ungarn, wo neben der bis dato hegemonialen rechtspopulistischen FIDESZ (51,48 Prozent und 12 Mandate bei der Europawahl 2014) die neonazistische JOBBIK ein stabiles WählerInnen-potenzial von etwa 14 bis 20 Prozent auf sich vereint. Auch die großen EU-skeptischen, nationalkonservativen Parteien aus Polen (PiS) und Tschechien (ODS) haben Konkurrenz von noch weiter rechts bekommen. In Polen ist dies die erstmals im EU-Parlament vertretene KNP, in Tschechien die SSO. Sowohl KNP als auch SSO vertreten, im Gegensatz etwa zur national-protektionistischen JOBBIK, neoliberale Wirtschaftsprogramme. Gleichzeitig sind die lange Zeit bedeutendsten rechtsextremen Parteien aus Mittel- bis Südosteuropa bei der Europawahl 2014 von der Bildfläche verschwunden. Volen Siderovs ATAKA aus Bulgarien, die Großrumänienpartei PRM des ehemaligen Ceaușescu-Anhängers Vadim Tudor sowie die in der Vergangenheit an mehreren Regierungen beteiligten slowakischen Nationalisten von der SNS konnten 2014 nicht erneut ins EU-Parlament einziehen.

Die zahlenmäßige **Stärke der Rechtsaußenparteien im EU-Parlament ist vor allem mit den Erfolgen in den wirtschaftsstarken Mitgliedsstaaten im Norden und Westen der EU zu erklären**, in Großbritannien (UKIP), Frankreich (FN), Dänemark (DF), Deutschland (AfD, FAMILIE und NPD), Niederlande (PVV), Österreich (FPÖ), Schweden (SD), Finnland (PS) und Belgien (VB, N-VA). Hinzugerechnet werden muss hier auch die norditalienische LN, die unter ihrem jungen Vorsitzenden Matteo Salvini schrittweise zu einer gesamtitalienischen Partei geformt wird, sowie – zumindest in Teilen – die M5S von Beppe Grillo.



Die Rechtsaußenparteien Nord- und Westeuropas bedienen wohlfahrts- oder besitzstandspopulistische Ressentiments gegen EinwanderInnen in Arbeitsmärkte und Sozialsysteme oder gegen Finanztransfers in ärmere Staaten der EU. (Vgl. auch Rydgren 2006)

- > Charakteristisch für den nord- und westeuropäischen Wohlstandschauvinismus ist die Parole „Wir sind nicht das Sozialamt der Welt“ (NPD), „das Weltsozialamt“ (AfD) bzw. „das Sozialamt für die ganze Welt“ (CSU), welche im Wahlkampf von den deutschen Rechtsaußenparteien AfD, NPD und CSU gleichermaßen benutzt wurde.
- > UKIP fordert in ihrem Programm „soziale Bezüge zugänglich nur für jene, die bereits mindestens fünf Jahre hier [in Großbritannien] leben“ und ein soziales Sicherheitsnetz, das „nicht als Hängematte für die Faulen“ fungiere. Nach dem EU-Austritt sollen „britische Arbeiter den ersten Zuschlag für die 800.000 Jobs bekommen, die gegenwärtig für EU-Arbeiter ausgeschrieben“ seien.²²
- > Während Parteien wie UKIP, die AfD, die DF oder die PS die Forderung nach abgeschotteten Arbeitsmärkten und Sozialsystemen mit wirtschaftspolitischem Neoliberalismus verbinden, kombiniert der französische FN eine sozioökonomisch als „links“ geltende Wirtschaftspolitik mit rechtem Chauvinismus. Marine Le Pen behauptet, Frankreich sei als „zweitgrößter Netto-Zahler für den EU-Haushalt“ eines der „am meisten gestraften Länder der Europäischen Union“, „gestraft durch die erzwungene Öffnung seiner Grenzen aufgrund des Schengen-Abkommens“, wodurch das französische Sozialsystem wie eine „Absaugpumpe“ für den französischen Sozialstaat wirke.²³

GELIEBTER FEIND: DIE EU ALS RESSOURCE DER RECHTSPOPULISTINNEN

Die EU als „Maschine zur Zerstörung der Nationen“ (Marine Le Pen)²⁴: Den Krisen der neoliberalen Globalisierung stellen Rechtsaußenparteien den geschlossenen Nationalstaat als Schutzraum für ein jeweils als autochthon angesehenes „Volk“ gegenüber. Die supranationale EU und ihre „Eliten“ gelten rechtspopulistischen Parteien als die Antithese zu diesem als kulturell homogen definierten Volk. Dieses nach außen abgegrenzte Volk wird zum alleinigen politischen Subjekt erklärt. Der Begriff des „Volks“ ist nicht als alle einschließend gemeint, sondern ist für Menschen mit bestimmten ethnischen, kulturellen und sozialen Merkmalen reserviert.

Die EU wird demgegenüber als Inbegriff alles politisch Negativen dargestellt und ist so zum zentralen Referenzraum des Rechtspopulismus geworden. Decker folgend steht die EU *„stellvertretend für sämtliche Negativfolgen, die den Modernisierungsprozess tatsächlich oder angeblich begleiten: materielle Wohlstandsverluste, kulturelle Überfremdung und Krise der politischen Repräsentation. Die sonst so abstrakte Globalisierung findet mit ihr einen konkreten Schuldigen.“* (Decker 2006: 15) Dieses einfache Welterklärungsmodell hat mit den wirtschaftlichen, politischen und humanitären Krisen der EU seit 2007 weiter an Überzeugungskraft gewonnen. Dies zeigt nicht zuletzt die für Rechtsaußenparteien erfolgreiche Europawahl 2014.

Der gemeinsame Kampf gegen die EU wurde zum wichtigsten Bindeglied für rechtspopulistische Parteien auf europäischer Ebene. Welche konkreten Anknüpfungspunkte es für die rechtspopulistische Projektion der EU als angebliches Zentrum allen Übels gibt, zeigen die folgenden Beispiele:

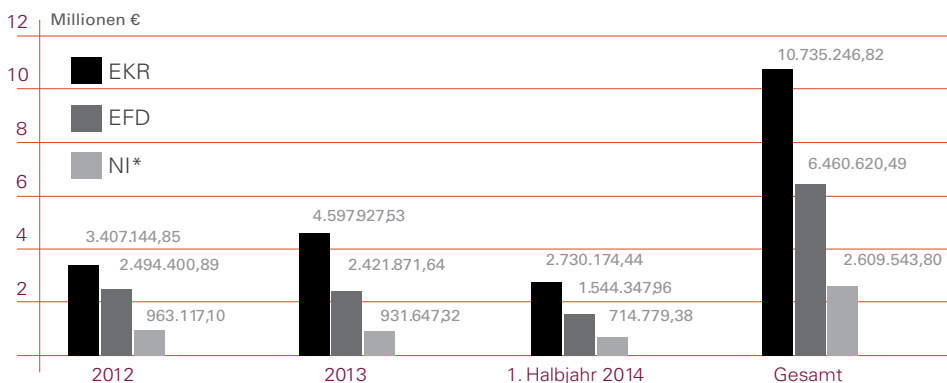
THEMA	RECHTSPOPULISTISCHE THESEN UND SCHLAGWORTE	EU-POLITIK
Schutz des nationalen Wohlfahrtssystems	Lohndumping durch Einwanderer, Sozialtourismus, Verschwendungssucht der EU	Arbeitnehmerfreizügigkeit, tatsächliche Deregulierung und Liberalisierung, EU-Haushalt, Euro-Rettungspakete und Schuldenhaftung über den ESM
Schutz der nationalen Kultur / Werte / Familien	Islamisierung durch Einwanderung, Multi-Kulti, Ausländerkriminalität, Political Correctness, Genderwahn, Homo-Diktatur	Schengen-Raum, gemeinsame Einwanderungs- und Asylpolitik, Grundrechtecharta, EU-Antidiskriminierungsrichtlinie
Schutz der nationalen Souveränität / Demokratie / Freiheit	Regulierungswahn, Eurokraten, kosmopolitische Eliten, EU-Diktate, Völkergefängnis EU, EUdSSR	EU-Kommission als Gesetzesinitiativorgan und Wächterin der Verträge, EZB, Troika-Programme, EU-Richtlinien und Verordnungen

Die nationalistischen GegnerInnen der EU werden selbst europäischer.

Hervorzuheben ist die 2010 gegründete Europapartei EAF, die zur EU-Parlamentsfraktion ENF weiterentwickelt wurde und inzwischen acht nationale Delegationen umfasst. Mit der EAF und der ENF hat die europäische Zusammenarbeit rechtspopulistischer Parteien eine neue Qualität erreicht. Für den Europawahlkampf wurde ein „Europapolitisches Parteimanifest“ mit gemeinsamen Zielen in den Bereichen Institutionen, Ökonomie und Soziales und Einwanderung formuliert²⁵. Bedeutender aber ist, dass die EAF bzw. die heutige ENF mit der Pressekonferenz von Marine Le Pen und Geert Wilders am 13. November 2014 in Den Haag europaweit bekannte PolitikerInnen als europäische SpitzenkandidatInnen für eine neue rechtspopulistische Fraktion präsentierte, die zum gemeinsamen Kampf aller Rechtsaußenparteien gegen „das Monster aus Brüssel“ (Wilders) aufriefen. Es handelt sich um den bisher prominentesten und medienwirksamsten Schulterchluss rechtspopulistischer Parteien auf EU-Ebene.

Die EU ist nicht nur der wichtigste politische Referenzraum für den modernen Rechts-populismus. **Sie ist zu einer wichtigen materiellen Ressource für rechte Parteien und Politiker geworden.** Das Mandat der Europaabgeordneten bietet ein Einkommen für BerufspolitikerInnen jenseits nationaler und regionaler Parlamente, Infrastruktur sowie die Möglichkeit, Personal einzustellen. Als Teil einer Fraktion kommen erhebliche finanzielle Ressourcen für Personal, Pressearbeit, Internetauftritte, Veranstaltungen oder Veröffentlichungen hinzu. Allein in den Jahren 2012, 2013 und dem ersten Halbjahr 2014 beliefen sich die EU-Mittel, über welche die Rechtsaußenfraktionen und -gruppen im EU-Parlament verfügen konnten, auf zusammengenommen über 19 Millionen Euro – Abgeordnetengehälter und Pauschalen für politische Arbeit, Büroausstattung und Personal der einzelnen Abgeordneten nicht inbegriffen.

AUSGEBEBENE EU-FINANZMITTEL RECHTER EUROPAPARTeien* 2012 BIS ENDE JUNI 2014²⁶ (IN EURO)



Ausgaben der Rechtsaußenfraktionen*, 2. Hälfte Legislaturperiode 2009 bis 2014: 19.805.411,11 Euro

* Die überwiegende Mehrheit, aber nicht alle fraktionslosen EU-Parlamentarier (NI) gehörten 2012 bis Juni 2014 Rechtsaußenparteien an.

Der neue Generalsekretär des FN Nicolas Bay schrieb über die Gründung der Fraktion, die Franzosen würden jetzt gegen die EU „weit besser verteidigt als zuvor“.²⁷ Die Fraktionsvorsitzende Marine Le Pen hat nun das Privileg, in Plenardebatten aus der ersten Reihe heraus die SpitzenvertreterInnen der EU in direkter Ansprache öffentlichkeitswirksam konfrontieren zu können – den Präsidenten der EU-Kommission, des Europäischen Rates und nationale Regierungschefinnen und -chefs. Nigel Farage (UKIP), der Vorsitzende der heutigen EFDD- und früheren EFD-Fraktion, weiß dies schon länger zu inszenieren. Beispielhaft ist Farages verbale Attacke auf den EU-Ratspräsidenten Hermann Van Rompuy im März 2010, die mit einer Geldstrafe wegen Beleidigung geahndet wurde. Farage unterstellte dem Belgier unter anderem das „Charisma eines feuchten Lappens“

und bezeichnete das offiziell dreisprachige Belgien als „Nichtland“, ein bewusst provozierter Skandal, der ihn weit über die Grenzen Großbritanniens medial bekannt machte. Das Video dieser Plenarrede auf dem Video-Kanal von UKIP erhielt bis Januar 2015 über 430.000 Klicks; ähnliche verbale Attacken Farages im Plenum des EU-Parlaments, etwa auf den ehemaligen britischen Premier Gordon Brown oder die deutsche Bundeskanzlerin Angela Merkel, erreichten ebenfalls mehrere hunderttausend Klicks.²⁸ Farage inszeniert sich gekonnt als Anwalt des Volkes, der es den EU-Eliten immer wieder zeigt: „Nigel Farage zerstört den französischen Präsidenten“ oder „Nigel Farage deckt ärgerlichen Unsinn und Propaganda eines Eurokraten auf“ (übersetzt aus dem Englischen: T.J.) heißen weitere Videos mit ca. 100.000 Klicks auf der Video-Plattform YouTube.

Auch außerhalb des EU-Parlaments nutzen rechtspopulistische Parteien finanzielle Mittel der EU. Seit 2009 wurden gleich mehrere Bündnisse von Rechtsaußenparteien als offizielle Europäische Parteien beim EU-Parlament angemeldet:

Die **Allianz der Europäischen Konservativen und Reformer (AEKR)** ist die der EKR-Fraktion entsprechende Europapartei. Zu ihr gehört die ebenfalls EU-finanzierte Stiftung *New Direction* (ND, dt.: Neue Richtung). Sie konnte im Zeitraum 2010 bis 2014 auf zusätzliche EU-Mittel in Höhe von 5.459.220,00 Euro zurückgreifen.

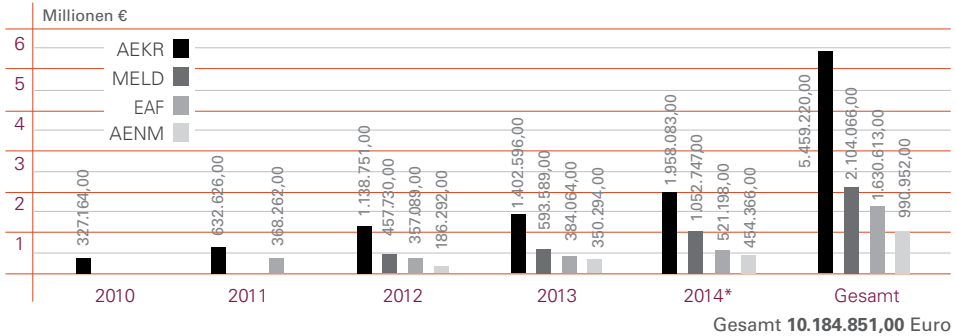
Die **Europäische Allianz für Freiheit (EAF)**, aus der im Juli 2015 die EU-Parlamentsfraktion ENF hervorging, wurde zunächst von einzelnen EU-Abgeordneten und einigen nationalen PolitikerInnen gegründet, darunter Goodfrey Bloom (UKIP), Marine Le Pen (FN), Franz Obermayr und Andreas Mölzer (FPÖ), Philip Claes (VB) und Kent Ekeroth (SD). Zur Europawahl 2014 traten die beteiligten Parteien mit Ausnahme UKIPs und unter Einschluss der PVV, der LN und der slowakischen SNS dann gemeinsam an. Die EAF konnte zwischen 2010 und 2014 EU-Mittel in Höhe von 1.630.613,00 Euro nutzen. Zur EAF gehört auch der EU-finanzierte Think Tank *Europäische Stiftung für Freiheit* (EFF).

Die **Alliance of European National Movements (AENM)** ist ein 2009 gegründetes rechtsextremes Projekt des alten, radikalen Flügels des FN (Bruno Gollnisch und Jean-Marie Le Pen), der British National Party (BNP), JOBBIKS sowie der italienischen Fiamma Tricolore (FT) und einigen anderen bei Wahlen derzeit nicht erfolgreichen Parteien. Die AENM konnte über EU-Mittel in Höhe von 990.952,00 Euro verfügen.

Die **Bewegung für ein Europa der Freiheit und der Demokratie (MELD)** umfasste alle rechtspopulistischen Parteien in der alten EFD-Fraktion (unter anderem LN, DF, PS) mit Ausnahme der UKIP. Sie konnte im Zeitraum 2010 bis 2014 auf zusätzliche EU-Mittel in Höhe von 2.104.066,00 Euro zurückgreifen.

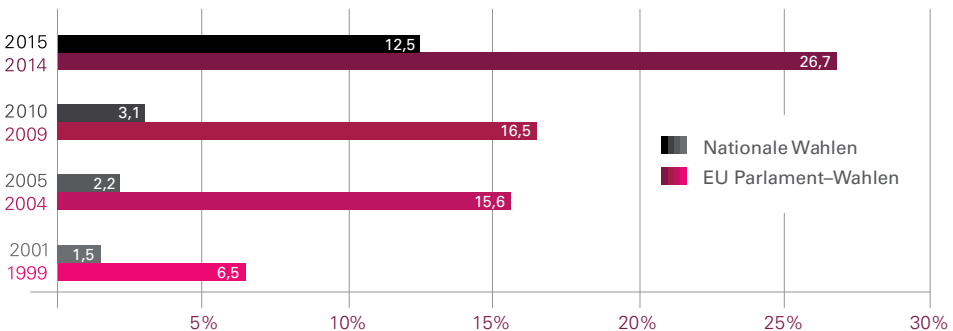
Insgesamt konnten die Rechtsaußenparteien über offiziell angemeldete Europäische Parteien zwischen 2010 und 2014 zusätzliche EU-Mittel in Höhe von etwa 10 Millionen Euro verwenden.

EU-FINANZMITTEL FÜR RECHTE EUROPAPARTEIEN 2010 BIS 2014²⁹ (EURO)



* Maximal abrufbare Summe, Daten zu tatsächlich ausgezahlten Summen noch nicht verfügbar

Das EU-Parlament ist darüber hinaus die persönliche politische Basis für Führungsfiguren der rechtspopulistischen Parteien in der EU. In einigen EU-Staaten ist das nationale Wahlrecht ein Problem für rechtspopulistische Parteien, beispielsweise die absolute Mehrheitswahl in Frankreich oder die relative Mehrheitswahl in Großbritannien. Diese Systeme machen es für aufsteigende Parteien schwerer, Mandate im nationalen Parlament zu erlangen. Bei Europawahlen wird in diesen Staaten das Verhältniswahlrecht angewendet. Dies führt zu erheblich abweichenden Ergebnissen, wie das **Beispiel UKIP** zeigt:



UNTER ANDEREM BESITZEN DIE FOLGENDEN PROMINENTEN RECHTSPOPULISTINNEN DERZEIT EIN MANDAT IM EU-PARLAMENT:

- Nigel Farage, der Vorsitzende UKIPs und der Fraktion EFDD, führt bereits seit 1999 verschiedene rechtspopulistische Fraktionen im EU-Parlament. Er hat seine politische Karriere vom EU-Parlament aus organisiert.
- Marine Le Pen, die Vorsitzende des FN, und ihr Vater und Parteigründer Jean-Marie Le Pen, bis zu seinem im August 2015 erfolgten Parteiausschluss Ehrenvorsitzender des FN, sind seit 2009 EU-ParlamentarierInnen. 2011 übernahm die Tochter vom Vater den Parteivorsitz und führt seit Anfang 2015 immer wieder die Umfragen für die Präsidentschaftswahl in Frankreich 2017 an.
- Die deutsche AfD scheiterte bei der Wahl zum Bundestag 2013 noch mit 4,8 Prozent an der Fünf-Prozent-Hürde, kam aber bei der Europawahl 2014 bundesweit auf sieben Prozent und entsendete unter anderem den populären Parteisprecher Bernd Lucke an der Seite des prominenten Ex-BDI-Präsidenten Hans-Olaf Henkel in das EU-Parlament. Nach der Abspaltung des Lucke-Flügels zog die ultrakonservative Familienpolitikerin und EU-Parlamentarierin Beatrix von Storch als eine von vier Stellvertreterinnen der neuen AfD-Vorsitzenden Frauke Petry in den Bundesvorstand der AfD ein. (Vgl. Behrmann 2015:103ff)
- Der junge Star der DF, Morten Messerschmidt, baut seit 2009 seine politische Karriere vom EU-Parlament aus auf. Er erreichte bei der Europawahl 2014, bei der die WählerInnen in Dänemark Präferenzstimmen für einzelne KandidatInnen abgeben konnten, das beste individuelle Ergebnis bei nationalen Wahlen in der Geschichte Dänemarks.
- Matteo Salvini, seit 2009 im EU-Parlament, übernahm im Dezember 2013 die Führung der in den Umfragen abgestürzten LN und schaffte den Wiedereinzug ins EP. Salvinis Ziel ist es, aus der Partei der norditalienischen, „padanischen“ SeparatistInnen eine gesamtitalienische Partei zu formen. Zwischenzeitlich lag die LN in den Umfragen in Italien bei bis zu 16 Prozent³⁰. Salvini wird in den Medien als neue Führungsfigur der italienischen Rechten und zukünftiger Herausforderer Matteo Renzis gehandelt.³¹
- Der Exzentriker Janusz Korwin-Mikke, bei der Europawahl noch Vorsitzender der polnischen KNP, feierte mit dem Einzug ins EU-Parlament 2014 seinen ersten politischen Erfolg, nachdem er zwischen 1995 und 2010 vier Mal zur polnischen PräsidentsInnenwahl angetreten war, aber nie mehr als 2,5 Prozent der Stimmen erreicht hatte.
- Udo Voigt, von 1996 bis 2011 Vorsitzender und bekannter Kopf der neonazistischen NPD, ist seit Mai 2014 einziger EU-Parlamentarier der deutschen Rechtsextremen.

GELIEBTER FREUND: RECHTSPOPULISTINNEN IN DER EU UND DAS RUSSISCHE ESTABLISHMENT

Vor der Europawahl 2014 und im Zuge des eskalierenden Konfliktes in der Ostukraine kooperierten rechtspopulistische Parteien aus der EU und VertreterInnen der russischen Parteien Einiges Russland (ER) und Vaterland (Rodina) immer enger miteinander. Die Rechtsaußenparteien aus der EU, die die Nähe zum russischen Establishment in der ER suchen, sind vor allem die ENF-Parteien FN, LN, FPÖ und VB. Die Parteien JOBBIK, NPD, CA und die bulgarische ATAKA arbeiten stärker mit Rodina, der Partei des stellvertretenden Premierministers Dimitri Rogosin, zusammen. (vgl. auch Political Capital 2014)

Bereits im Mai 2013 reiste der Jobbik-Vorsitzende Gábor Vona nach Moskau und traf dort ParlamentarierInnen und Ausschussvorsitzende der Duma. Auf Einladung von Alexander Dugin, dem rechtsextremen Ideologen und Propagandisten eines eurasischen Bündnisses gegen die USA und den Liberalismus, referierte er außerdem an der Lomonosov Universität. Er sprach dort über die USA als „Europas missgestaltetem Nachkommen“ und die EU als „Verräter des Kontinents“: „Russland repräsentiert Europa viel besser als die beiden Genannten, weil es seine Traditionen erhält und keine Kultur des Geldes und der Massen“ verfolge, so Vona laut eines Berichtes von Jobbik³².

Eine von mehreren Russland-Reisen brachte Marine Le Pen im Juni 2013 nach Moskau, wo sie von Duma-Sprecher Sergei Naryshkin (ER) und dem stellvertretenden Premierminister Dmitri Rogosin (Rodina) empfangen wurde. Außerdem hielt sie eine Rede am Staatlichen Moskauer Institut für Internationale Beziehungen (MGIMO), das dem russischen Außenministerium unterstellt ist.³³

Bei einer Pressekonferenz am Rande eines Parteitages der Lega Nord im Dezember 2013 trat der Duma-Abgeordnete Victor Zubarev (ER) gemeinsam mit den EAF-Parteiführern Heinz-Christian Strache (FPÖ), Matteo Salvini (LN) und Geert Wilders (PVV) sowie den EU-Abgeordneten Gerolf Annemans (VB) und Lorenzo Fontana (LN) vor die JournalistInnen. Man habe „*im Vorfeld der EU-Wahl offiziell eine gemeinsame Zusammenarbeit für ein freies Europa der Vaterländer und der Regionen*“ beschlossen, berichtete FPÖ-Chef Strache anschließend.³⁴

Im März 2014 lud die russische Regierung rechte PolitikerInnen als BeobachterInnen des Referendums auf der von Russland annektierten Krim ein. Organisiert wurde diese Mission über eine belgische Nichtregierungsorganisation namens *Eurasian Observatory for Democracy & Elections* (EODE), ein Projekt des belgischen Rechtsextremen Luc Michel. Der Einladung folgten unter anderem der spätere Delegationsleiter des FN im EU-Parlament, Aymeric Chauprade, sowie Vertreter von VB, FPÖ, Jobbik und ATAKA.

Im April 2014 organisierte die Ständige Vertretung Russlands in Brüssel³⁵ gemeinsam mit Lorenzo Fontana (LN) und dem Wiener Stadtratsabgeordneten David Lasar (FPÖ) eine Konferenz im EU-Parlament zum Thema „EU-Russia: De-Escalating the Crisis - Roadmap for Peace in Europe“ (dt.: EU-Russland: Die Krise deeskalieren – Weg zum Frieden in Europa).³⁶

Anlässlich des 200. Jahrestages des Wiener Kongresses lud der russische Oligarch Konstantin Malofejew im Juni 2014 zu einer Konferenz nach Liechtenstein, bei welcher Marion Maréchal-Le Pen (FN) und Aymeric Chauprade (FN), Heinz-Christian Strache (FPÖ) und der ATAKA-Vorsitzende Wolan Siderov mit Alexander Dugin und anderen über die konservative Restauration Europas diskutierten.³⁷

Am Rande eines Europa-Asien-Gipfels in Mailand im Oktober 2014 traf der LN-Vorsitzende Matteo Salvini für ein zwanzigminütiges Gespräch Präsident Vladimir Putin persönlich. Man habe, so berichtete Salvini, Themen besprochen wie „*die absurden Sanktionen gegen Russland, implementiert von der kleinmütigen EU, die nicht die Interessen ihrer eigenen Bürger, sondern die Interessen der Oligarchen und der Lobbyvertreter der Weltmacht*“ verfolge. Gemeinsame Interessen wie „*die Bewahrung nationaler Autonomie, der Kampf gegen illegale Einwanderung und der Schutz traditioneller Werte*“³⁸ seien erörtert worden.

Im November 2014 besuchte Salvini mit einer Delegation von EU-Abgeordneten der LN die von Russland annektierte Krim und Moskau. Es sei ein Kooperationsabkommen zwischen LN und ER unterzeichnet worden, berichtete Salvini. Auf der besetzten Krim sei der LN-Vorsitzende mit dem neuen Premierminister und dem Parlamentspräsidenten der Krim zusammengekommen, außerdem habe er der russischen Schwarzmeerflotte einen Besuch abgestattet. In Moskau traf Salvini Duma-Sprecher Sergei Naryshkin (ER) und den Vorsitzenden des Duma-Außenausschusses Alexei Pushkov.³⁹

Auch FPÖ-Parteichef Heinz-Christian Strache reiste im November 2014 nach Moskau, wo er Abgeordnete der Duma traf und an einem Internationalen Runden Tisch zum Thema „Wege der Überwindung der Vertrauenskrise in Europa“ teilnahm.⁴⁰

Ebenfalls im November 2014 wurde bekannt, dass der FN einen Kredit der russischen First Czech-Russian Bank über neun Millionen Euro erhalten hat. Laut dem französischen Rechercheportal Mediapart soll der FN für den Zeitraum bis zur Präsidentenwahl in Frankreich um Kredite in Höhe von 40 Millionen Euro ersucht haben, was Marine Le Pen jedoch bestreitet.⁴¹

Im März 2015 organisierte der EU-Abgeordnete Jean-Luc Schaffhauser (FN) eine Pressekonferenz im EU-Parlament unter dem Titel „Frieden und Einheit in Europa“ zur Krise in der Ukraine. Auf dem Podium saß auch der deutsche Journalist Manuel Ochsenreiter, ehemaliger Redakteur der Jungen Freiheit und heutiger Chefredakteur der rechtsextremen Monatszeitschrift „Zuerst!“. Schaffhauser kündigte bei der Pressekonferenz eine weitere Konferenz in Donezk unter dem Titel „Donbass: Yesterday, Today and Tomorrow“ an. Im Saal befanden sich weitere rechtspopulistische EU-Abgeordnete, darunter der Italiener Mario Borghezio von der LN.⁴²

Ebenfalls im März 2015 organisierte die Partei Rodina in St. Petersburg eine Konferenz mit dem Titel „Internationales Russisches Konservatives Forum“, an dem NeofaschistInnen und Rechtsextreme aus Russland, der EU und den USA teilnahmen. Die Abschlusserklärung wurde unter anderem von Udo Voigt (NPD), einem Vertreter der CA sowie dem Ex-EU-Abgeordneten Nick Griffin (BNP) unterschrieben. Mit dem Konservativen Forum wurde eine permanente Kooperationsstruktur der „konservativen Kräfte“ gegen die USA und die EU gegründet, wozu ein Exekutivkomitee eingerichtet wurde, das die gemeinsame Arbeit zukünftig koordinieren soll.⁴³

Welche ideologischen Überschneidungen es zwischen Teilen der RechtspopulistInnen in der EU und VertreterInnen des russischen Establishments gibt, zeigen die zwei folgenden Zitate^H.

H Übersetzt aus dem Englischen bzw. Französischen: T.J.

Das erste Zitat stammt aus einer Rede Vladimir Putins vom 16. September 2013 im Valdai International Discussion Club in Nowgorod. Der russische Präsident sprach zum Thema „Russian Diversity for the Modern World“. Ein Ausschnitt aus dieser Rede wird ebenfalls auf der Internetseite des Internationalen Russischen Konservativen Forums als Motto zitiert. Putin referierte über aktuelle Herausforderungen für die russische Gesellschaft:

[...] *„Eine weitere ernsthafte Herausforderung für Russlands Identität ist verbunden mit Ereignissen in der Welt. Dies betrifft sowohl außenpolitische als auch moralische Aspekte. Wir können beobachten, wie viele der euroatlantischen Staaten ihre Wurzeln verleugnen, auch die christlichen Werte, welche die Basis der westlichen Zivilisation bilden. Sie verneinen moralische Prinzipien und alle traditionellen Identitäten: nationale, kulturelle, religiöse und sogar sexuelle. Sie verabschieden Gesetze, die große Familien mit gleichgeschlechtlichen Partnerschaften, den Glauben an Gott mit Teufelsanbetung gleichsetzen. Die Exzesse der politischen Korrektheit haben einen Punkt erreicht, an dem ernsthaft diskutiert wird, politische Parteien anzuerkennen, deren Ziel es ist, Pädophilie zu fördern. [...] In Europa und vielen anderen Ländern wird sogenannter Multikulturalismus eingepflanzt. [...] Es ist kein Zufall, dass heute europäische Politiker und Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens mehr und mehr über die Fehler des Multikulturalismus sprechen und dass es ihnen nicht gelingt, fremde Sprachen und fremde kulturelle Elemente in ihre Gesellschaften zu integrieren.“* [...]

Das zweite Zitat stammt aus einer Rede des geopolitischen Beraters der FN-Parteiführung und späteren Leiters der FN-Delegation im EU-Parlament, Aymeric Chauprade, die er am 13. Juli 2013 in der Duma hielt. Er sprach von einem „Krieg der amerikanischen Finanzoligarchie gegen die freien Völker“ und führte weiter aus:

„...Aber der geopolitische Krieg, den diese Oligarchie gegen Russland und gegen die Unabhängigkeit der Europäer führt, findet seine Entsprechung in einem ideologischen Krieg. Gestern die ‚farbigen‘ Revolutionen in Georgien und der Ukraine, heute die FEMEN, die ‚Pussy Riot‘ oder die Homosexuellenehe in Frankreich – dies ist nur Ausdruck ein und desselben Phänomens: Die Allianz des westlichen Globalismus mit dem anarchistischen Nihilismus, dieser zerstörerischen Ideologie, welche, in unterschiedlichster Gestalt in der Geschichte, niemals aufgehört hat, die Fundamente der Zivilisation anzugreifen, die Würde der Person, die Familie, die nationale Souveränität. [...] Die Patrioten der ganzen Welt, der Unabhängigkeit der Völker ebenso (Hervorhebung im Original) verschrieben wie den Grundlagen unserer Zivilisation, richten heute ihren Blick nach Moskau.“⁴⁴

Einem Teil der europäischen RechtspopulistInnen gilt Russland als letzter Hort traditioneller, patriarchaler autoritärer Gesellschaftsorganisation. Für die russische Regierung sind rechtspopulistische Parteien in der geostrategischen Auseinandersetzung mit dem transatlantischen Westen PartnerInnen, die ideologisch kompatibel sind. Nach dem Programm des FN wäre diese Partnerschaft nur der erste Schritt auf dem Weg zu einer neuen Weltordnung ohne NATO und EU, dafür mit einer konservativen „trilateralen Allianz Paris-Berlin-Moskau“⁴⁵.

Aus dem Blickwinkel vieler rechtspopulistischer Parteien in der EU ist die russische Regierung unter Präsident Vladimir Putin aus mehreren Gründen eine attraktive strategische Verbündete.

- > Geopolitik: EU und NATO gelten sowohl rechtspopulistischen Parteien als auch der russischen Regierung als verlängerter Arm der Supermacht USA. Geopolitisch teilen beide Seiten das Ziel, die Strukturen EU und NATO aufzulösen und durch eine konservative Allianz souveräner Nationalstaaten zu ersetzen, als „Europa der Nationen“ beziehungsweise als „Eurasische Union“ unter Einbeziehung oder sogar Führung Russlands.
- > Gesellschaftspolitik: Beide Seiten verbindet die Ablehnung westlich-pluralistischer Gesellschaften mit Raum für individuelle, nicht-traditionelle und von der Mehrheit abweichende Lebensentwürfe (man denke auch an die „Putin hilf“-Plakate bei PEGIDA-Demonstrationen).
- > Führungsstil: Für die politische Durchsetzungsfähigkeit und den Führungsstil des Autokraten Vladimir Putin hegen rechtspopulistische Führungsfiguren von Marine Le Pen bis Nigel Farage „Bewunderung“.
- > Völkische Politik: Die Annektierung der überwiegend russischsprachigen Krim und die Unterstützung der SeparatistInnen in den ostukrainischen Gebieten mit russischen Minderheiten (die von Präsident Putin als „Neurussland“⁴⁶ bezeichnet wurden) sind Bezugspunkte für expansionistische NationalistInnen wie JOBBIK (die auf die Gebiete mit ungarischsprachigen Minderheiten in Serbien, Rumänien, der Slowakei und der Ukraine Anspruch erheben), aber auch für separatistische Parteien wie LN und VB.



LITERATUR

Auer, Katrin (2002): „Political Correctness“ - ideologischer Code, Feindbild und Stigmawort der Rechten. In: Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft 31, 3, S. 291-303.

Baier, Walter (2014): The 'National Question' and European Integration. In: Baier, Walter/Canepa, Eric/Himmelstoss, Eva (Hrsg.): United Europe, Divided Europe. Transform! Yearbook 2015, S. 35-48.

Behrmann, Inken (2015): D-Mark, Familie, Vaterland: Die AfD nach Lucke. In: Blätter für deutsche und internationale Politik 8/2015, S. 99-107.

Betz, Hans-Georg (2013): The New Front National – Still a Master Case? RECODE Online Working Paper No. 30.

Bröning, Michael (02.01.2015): Triumph der Nationalen – <http://www.sueddeutsche.de/politik/rechte-parteien-triumpfh-der-nationalen-1.2287711> (Abrufdatum: 10.11.2015)

Decker, Frank (2006): Die populistische Herausforderung. Theoretische und ländervergleichende Perspektiven. In: Decker, Frank (Hrsg.): Populismus. Gefahr für die Demokratie oder nützliches Korrektiv?, Wiesbaden, S. 9-32.

Goodwin, Matthew (2011): Right Response – Understanding and Countering Populist Extremism in Europe. Chatham House, London.

Häusler, Alexander/ Roeser, Rainer (2015): Die rechten „Mut“-Bürger. Entstehung, Entwicklung, Personal & Positionen der „Alternative für Deutschland“. Hamburg.

Hildebrandt, Cornelia (2015): The European Elections: An Analysis. In: Baier, Walter/Canepa, Eric/Himmelstoss, Eva (Hrsg.): United Europe, Divided Europe. Transform! Yearbook 2015, S. 159-169.

Janssen, Thilo (2013): Die Europäisierung der rechten EU-Gegner. Eine Studie im Auftrag der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Berlin.

Kietz, Daniela/Nicolai von Ondarza: Das neue Machtgefüge im Europäischen Parlament. SWP aktuell 47, Juli 2014.

Nohlen, Dieter (2004): Wie wählt Europa? Das polymorphe Wahlsystem zum Europäischen Parlament. In: Bundeszentrale für politische Bildung (Hrsg.): Europa, Europawahlen. Aus Politik und Zeitgeschichte, Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament, 19. 04. 2004.

OPPD (2011): Electoral systems – The link between governance, elected members and voters. Office for Promotion of Parliamentary Democracy, European Parliament.

Servettaz, Elena (16.01.2014): Putin's Far-Right Friends in Europe. Auf: Institute of Modern Russia – <http://imrussia.org/en/russia-and-the-world/645-putins-far-right-friends-in-europe> (Abrufdatum: 10.11.2015)

Shekhovtsov, Anton (03.03.2014): A response to Cas Mudde's 'A new (order) Ukraine'. Auf: Open Democracy – <https://www.opendemocracy.net/anton-shekhovtsov/response-to-cas-mudde%E2%80%99s-Ukraine-Far-Right-How-Real-Russia> (Abrufdatum: 10.11.2015)

Rydgren, Jens (2006): Vom Wohlfahrtschauvinismus zur ideologisch begründeten Fremdenfeindlichkeit. Rechtspopulismus in Schweden und Dänemark. In: Decker, Frank (Hrsg.): Populismus. Gefahr für die Demokratie oder nützliches Korrektiv?, Wiesbaden, S. 165-190.

Spier, Tim (2006): Populismus und Modernisierung. In: Decker, Frank (Hrsg.): Populismus. Gefahr für die Demokratie oder nützliches Korrektiv?, Wiesbaden, S. 33-58.

Votewatch.eu

Werner, Alban (2015): Vor der Zerreißprobe: Wohin treibt die AfD? In: Blätter für deutsche und internationale Politik 2/2015, S. 83-90.

ENDNOTEN

- 1 Front National (30.05.2014) : Le Front National premier parti de France, le Système s'affole! – <http://www.frontnational.com/2014/05/le-front-national-premier-parti-de-france-le-systeme-saffole/> (Abrufdatum: 10.11.2015)
- 2 BBC.com (26.05.2014): Farage: UKIP has ‚momentum‘ and is targeting more victories – <http://www.bbc.com/news/uk-politics-27567744> (Abrufdatum: 10.11.2015)
- 3 Wikipedia (19.06.2015): European Parliament election, 2014 (Denmark) – https://en.wikipedia.org/wiki/European_Parliament_election,_2014_%28Denmark%29 (Abrufdatum: 10.11.2015)
- 4 Europäisches Parlament (2014): Ergebnis der Europawahl 2014 – <http://www.europarl.europa.eu/aboutparliament/de/004a50d310/Zusammensetzung.html> (Abrufdatum: 10.11.2015)
- 5 Syed Kamall MEP (2014): About me – <http://www.syedkamall.co.uk/index.php/about-syed> (Abrufdatum: 10.11.2015)
- 6 Front National (03.10.2014): Communiqué d’Aymeric Chauprade, chef de Délégation du Front National au Parlement européen – <http://www.frontnational.com/2014/10/communique-daymeric-chauprade-chef-de-delegation-du-front-national-au-parlement-europeen/> (Abrufdatum: 10.11.2015) **Euractiv (10.10.2014): Front National will europäische Rechtspartei gründen** – <http://www.euractiv.de/sections/europawahlen-2014/front-national-will-europaeische-rechtspartei-gruenden-309071> (Abrufdatum: 10.11.2015)
- 7 de La Baume, Maïa / Vinocur, Nicholas (22.06.2015): How Le Pen did it – <http://www.politico.eu/article/how-le-pen-did-it-fn-enf/> (Abrufdatum: 10.11.2015)
- 8 Bărbulescu, Adrian (15.07.2015): Eurodeputatul Laurențiu Rebeca pleacă de la socialiști la grupul extremiștilor Marine Le Pen și Gianluca Buonnano – <http://europeanul.org/impact-romania/eurodeputatul-laurentiu-rebeca-pleaca-de-la-socialisti-la-grupul-extremistilor-marine-le-pen-si-gianluca-buonnano/> (Abrufdatum: 10.11.2015)
- 9 Europäisches Parlament (04.09.2014): Udo Voigt – Entwurf einer Entschließung des Europäischen Parlaments zum Schutz der Grund- und Menschenrechte in Griechenland – <http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+MOTION+B8-2014-0080+0+DOC+XML+V0//DE&language=de> (Abrufdatum: 10.11.2015)

- 10 Böhm, Wolfgang (01.04.2014): Mölzer-Sager sprengt Rechtsbündnis – <http://diepresse.com/home/politik/eu/1585155/MolzerSager-sprengt-Rechtsbündnis> (Abrufdatum: 10.11.2015)
- 11 Süddeutsche.de (08.06.2014): „Da machen wir das nächste Mal eine Ofenladung“ – <http://www.sueddeutsche.de/politik/le-pen-wegen-antisemitismus-in-kritik-da-machen-wir-das-naechste-mal-eine-ofenladung-1.1991427> (Abrufdatum: 10.11.2015)
- 12 Le Monde (20.08.2015): Jean-Marie Le Pen exclu du Front national http://www.lemonde.fr/politique/article/2015/08/20/jean-marie-le-pen-se-defend-face-au-bureau-executif-du-fn_4731727_823448.html (Abrufdatum: 10.11.2015)
- 13 derStandard.at (26.06.2014): Rechtsextreme Jobbik: FPÖ und FN sind „zionistische Parteien“ – <http://derstandard.at/2000002352600/Ungarische-RechtsextremeFPOe-und-FN-sind-zionistische-Parteien> (Abrufdatum: 10.11.2015)
- 14 NPD.de (08.12.2014): Europäische „Rechte“ auf Pro-Israel-Kurs? – <http://npd.de/europaeische-rechte-auf-pro-israel-kurs/> (Abrufdatum: 10.11.2015)
- 15 EUobserver.com (12.11.2009): Far-right alliance fails to get EU parliament cash – <http://euobserver.com/843/28982> (Abrufdatum: 10.11.2015)
- 16 Votewatch.eu (27.11.2014): Motion of censure on the Commission – <http://www.votewatch.eu/en/term8-motion-of-censure-on-the-commission-motion-for-resolution-vote-resolution.html> (Abrufdatum: 10.11.2015)
- 17 Europäisches Parlament (14.11.2014): Anfrage zur mündlichen Beantwortung an die Kommission. Betrifft: Das Freihandelsabkommen zwischen Europa und den Vereinigten Staaten (TTIP) und die damit verbundenen Gefahren für das europäische System der Ursprungsbezeichnungen – <http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+OO+O-2014-000084+0+DOC+XML+V0//DE&language=de> (Abrufdatum: 10.11.2015)
- 18 Schuller, Konrad (15.10.2015): Wahlkampf in Polen - Sprache des Hasses - <http://www.faz.net/aktuell/politik/fluechtlingskrise/wahlkampf-in-polen-jaroslaw-kaczynski-ueber-fluechtlinge-13856938.html> (Abrufdatum: 10.11.2015)
- 19 Karschnick, Ruben (17.06.2015): Der Pöbel-Wahlkampf – <http://www.zeit.de/politik/ausland/2015-06/daenemark-wahlkampf-populismus/komplettansicht> (Abrufdatum: 10.11.2015)

- 20 Schmiester, Carsten (01.07.2015): Dänemark verschärft Asylgesetz – <https://www.tagesschau.de/ausland/daenemark-asylgesetz-101.html> (Abrufdatum: 10.11.2015)
- 21 Ifop (27.07.2015): Les intentions de vote pour le 1er tour de l'élection présidentielle de 2017 – http://www.ifop.com/?option=com_publication&type=poll&id=3099 (Abrufdatum: 10.11.2015)
- 22 UKIP (2015): What we stand for - <http://www.ukip.org/issues> (Übersetzung aus dem Englischen: T.J.)
- 23 Front National (6.3.2015): Le projet de Marine Le Pen – Europe – Une Europe au service des peuples libres – <http://www.frontnational.com/le-projet-de-marine-le-pen/politique-etrangere/europe/> (Abrufdatum: 10.11.2015)
- 24 Lemonde.fr (20.01.2015): Marine Le Pen: „Oui, nous espérons la victoire de Syriza“ – http://www.lemonde.fr/politique/article/2015/01/20/marine-le-pen-oui-nous-esperons-la-victoire-de-syriza_4559743_823448.html#m8bd2RxHYvjQzyqw.99 (Abrufdatum: 10.11.2015)
- 25 Europäische Allianz für Freiheit (2014): Europapolitisches Parteimanifest. Europawahlen 2014 – <http://www.eurallfree.org/sites/default/files/eaf-manifesto-de.pdf> (Abrufdatum: 10.11.2015)
- 26 Europäisches Parlament (2014): Annual Accounts of Political Groups – http://www.europarl.europa.eu/groups/accounts_en.htm (Abrufdatum: 10.11.2015)
- 27 Bay, Nicolas (19.06.2015): Editio de Nicolas Bay (19.06.2015), Secrétaire du Front National – www.frontnational.com/2015/06/formation-du-groupe-des-nations-et-de-libertes-les-francais-sont-mieux-defendus/ (Abrufdatum: 10.11.2015)
- 28 UKIP tv (2015): <https://www.youtube.com/user/ukipwebmaster?feature=hovercard> (Abrufdatum: 10.11.2015)
- 29 Europäisches Parlament (11/2014): Grants from the European Parliament to political parties at European level per party and per year – http://www.europarl.europa.eu/pdf/grants/Grant_amounts_parties_11_2014.pdf (Abrufdatum: 10.11.2015)
- 30 Sonda Italia (16.09.2015): Sondaggio Euromedia per Ballarò: crolla Lega, sale di poco la fiducia in Renzi - <http://www.sondaitalia.com/2015/09/sondaggio-euromedia-per-ballaro-crolla.html> (Abrufdatum: 10.11.2015)
- 31 Kleinjung, Tillmann (09.06.2015): Lega Nord in Italien - Mit Stammtischparolen auf Stimmenfang – http://www.deutschlandradiokultur.de/lega-nord-in-italien-mit-stammtischparolen-auf-stimmenfang.979.de.html?dram:article_id=322062 (Abrufdatum: 10.11.2015)

- 32 Jobbik (24.05.2013): Gábor Vona had a lecture at Lomonosov University in Russia – http://www.jobbik.com/g%C3%A1bor_vona_had_lecture_lomonosov_university_russia (Abrufdatum: 10.11.2015)
- 33 MGIMO (21.06.2013): Marine Le Pen: “Unsere Länder haben gemeinsame Werte und Interessen” (Марин Ле Пен: “У наших стран общие ценности и интересы”) – <http://mgimo.ru/news/university/document239692.phtml> (Abrufdatum: 10.11.2015)
- 34 FPÖ (16.12.2013): Strache bei Parteitag der Lega Nord in Turin – <http://www.fpo.e.at/aktuell/detail/news/strache-bei-parteitag-der-lega/> (Abrufdatum: 10.11.2015)
- 35 Permanent Mission of the Russian Federation to the European Union (10.04.2014): Conference on Russia-EU relations at the European Parliament – <http://www.russianmission.eu/en/news/conference-russia-eu-relations-european-parliament> (Abrufdatum: 10.11.2015)
- 36 Hawley, Charles (14.04.2014): ‚A Partner for Russia‘: Europe’s Far Right Flirts with Moscow – <http://www.spiegel.de/international/europe/european-far-right-developing-closer-ties-with-moscow-a-963878.html> (Abrufdatum: 10.11.2015)
- 37 Löwenstein, Stephan/Veser, Reinhard (04.06.2014): Eurasische Internationale – <http://www.faz.net/aktuell/politik/ausland/europa/treffen-der-rechten-in-wien-eurasische-internationale-12972620.html> (Abrufdatum: 10.11.2015)
- 38 internationalaffairs.ru (17.11.2014): An interview with Matteo Salvini and Gianluca Savoini of the Italian „Lega Nord Party“ on their return from Moscow – <http://en.interaffairs.ru/events/563-an-interview-with-matteo-salvini-and-gianluca-savoini-of-the-italian-lega-nord-party-on-their-return-from-moscow.html> (Abrufdatum: 10.11.2015)
- 39 Ebd.
- 40 Strache, Heinz-Christian (25.11.2014): FPÖ: Strache nimmt an Konferenz in Moskau teil – <https://de-de.facebook.com/HCStrache/posts/10152634971908591> (Abrufdatum: 10.11.2015)
- 41 Mediapart (08.12.2014): Argent du FN: les hommes de la filière russe – <http://www.mediapart.fr/journal/france/081214/argent-du-fn-les-hommes-de-la-filiere-russe> (Abrufdatum: 10.11.2015)
- 42 Forum Donbass Pressekonferenz (13.03.2015): French MEP announces international forum in Donetsk in May – 2015: https://www.youtube.com/watch?v=aok_yzMI8_I (Abrufdatum: 10.11.2015)

- 43 Webseite des Internationalen Russischen Konservativen Forums (abgerufen 25.08.2015): <http://realpatriot.ru/en/> (Abrufdatum: 10.11.2015)
- 44 Chauprade, Aymeric (13.06.2013): L'appel de Moscou d'Aymeric Chauprade, le 13 juin 2013 (Hervorhebung im Original) – <http://blog.realpolitik.tv/2013/06/lappel-de-moscou-daymeric-chauprade-le-13-juin-2013/> (Abrufdatum: 10.11.2015)
- 45 Front National (6.3.2015): Le projet de Marine Le Pen – Notre Politique Etrangère – <http://www.marinelepen.fr/le-projet-de-marine-le-pen/politique-etrangere/notre-politique-etrangere/> (Abrufdatum: 10.11.2015)
- 46 President of Russia (29.08.2014): President of Russia Vladimir Putin addressed Novorossiya militia – <http://eng.kremlin.ru/news/22863> (Abrufdatum: 10.11.2015)

Die Rosa-Luxemburg-Stiftung ist eine international tätige, linke, nicht profitorientierte Organisation für politische Bildung und steht der deutschen Partei „Die Linke“ nahe. Seit 1990 widmet sich die Stiftung der Untersuchung sozialer und politischer Prozesse und Entwicklungen weltweit. Wir arbeiten im Kontext der wachsenden mannigfaltigen Krise unseres gegenwärtigen politischen und wirtschaftlichen Systems.

In Zusammenarbeit mit anderen progressiven Organisationen aus allen Teilen der Welt setzen wir uns für demokratische und soziale Teilhabe, Empowerment benachteiligter Gruppen und eine alternative wirtschaftliche und soziale Entwicklung ein. Durch unsere internationalen Aktivitäten wollen wir politische Bildungsarbeit durch wissenschaftliche Analysen, öffentliche Programme und gemeinsame Projekte mit unseren Partnerorganisationen leisten.

Um diese unterschiedlichen Projekte zu begleiten und zu koordinieren, unterhält die Stiftung weltweit 17 Regionalbüros. Das Büro in Brüssel wurde 2008 eröffnet. Zu seinen Hauptaufgaben gehört die Vernetzung linker und progressiver Bewegungen, AktivistInnen und WissenschaftlerInnen aus Europa und anderen Regionen der Erde.

Wir arbeiten für eine gerechtere Welt auf der Grundlage internationaler Solidarität.

Rosa-Luxemburg-Stiftung, Büro Brüssel
11 avenue Michel-Ange, 1000 Brüssel, Belgien

V.i.S.d.P. Dr. Martin Schirdewan
Brüssel, Februar 2016

Autor Thilo Janssen
Lektorat Eurideas

Design & Illustration Mélanie Heddrich
Produktion HDMH sprl

Gefördert mit Mitteln des Auswärtigen Amts.

EU 2016: Der Finanz- und Wirtschaftskrise folgt die politische Krise. RechtspopulistInnen haben die Regierung in Ungarn und Polen übernommen. In Frankreich greift der rechtsextreme Front National schrittweise nach der Macht, 2017 will die EU-Abgeordnete Marine Le Pen Präsidentin werden. Im EU-Parlament konnten die Parteien von Rechtsaußen bei der Europawahl 2014 fast ein Viertel der Mandate erringen und drei Fraktionen gründen. Die vorliegende Studie zeichnet den gefährlichen Erfolg der Rechtsaußenparteien in der EU nach. Wer arbeitet mit wem zusammen? Was sind die Stärken, wo liegen die Schwächen bei der Zusammenarbeit der NationalistInnen auf europäischer Ebene? Welche Bedeutung hat die EU selbst für die rechten GegnerInnen der europäischen Integration? Wie kooperieren RechtspopulistInnen aus der EU mit VertreterInnen des russischen Establishments?